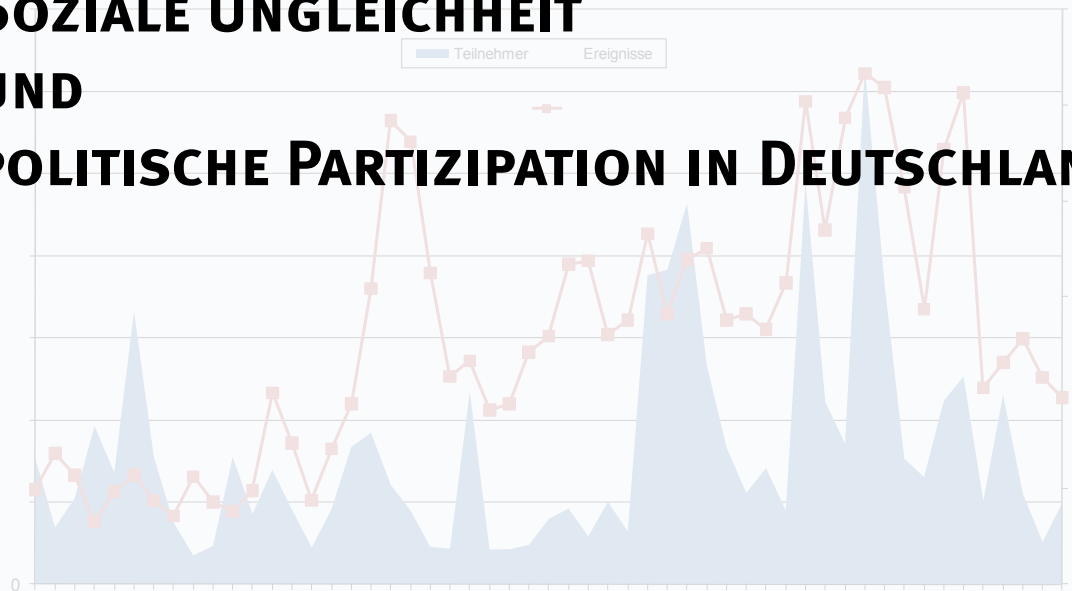


SOZIALE UNGLEICHHEIT UND POLITISCHE PARTIZIPATION IN DEUTSCHLAND



**Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft
von Sebastian Bödeker**

OBS-Arbeitspapier 1

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand/Wolf Jürgen Röder
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor: Sebastian Bödeker

Kontakt: boedeker@wzb.eu

Redaktion: Andreas Kolbe (OBS)

Gestaltung: Jan Burzinski (OBS)

Redaktionsschluss: 7.2.2012

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Im Sommer 2010 protestierten mehrere zehntausend Menschen gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofes. Obwohl sich der Protest in der Sache gegen ein lokales Infrastrukturprojekt wendete, reichte seine Ausstrahlungskraft weit über Stuttgart und Baden-Württemberg hinaus. Der Konflikt um „Stuttgart 21“ wurde zum Katalysator für die schwelende Unzufriedenheit mit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Seitdem wird intensiver über Volksentscheide, Bürgerforen, die Kontrolle politischer Eliten, Lobbyismus, Politikverdrossenheit und vieles mehr diskutiert, kurzum, über die Funktionsweise der Demokratie insgesamt. Der Protest gegen „Stuttgart 21“ wird in diesem Kontext häufig als Beleg einer starken und selbstbewussten Bürgergesellschaft ins Feld geführt, in der Bürgerinnen und Bürger sich aktiv für die Gestaltung ihrer Lebensräume einsetzen. Nicht ganz zu Unrecht wird auf die Probleme parlamentarischer Demokratie hingewiesen und mehr Möglichkeiten für die direkte Beteiligung von Bürger/-innen werden eingefordert.

Ein wichtiger Faktor bleibt in der Debatte um Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie jedoch häufig ausgeblendet: die soziale Bedingtheit politischen Engagements. Seit den siebziger Jahren hat die soziale Ungleichheit in Deutschland und Westeuropa stark zugenommen. Einkommen und Vermögen sind ebenso ungleich verteilt wie der Zugang zu Bildung.

Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf politische Partizipation werden seit langem diskutiert, spielen jedoch in der aktuellen Debatte um mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung bestenfalls eine randständige Rolle. Dabei ist der generelle Befund eindeutig: Politische Partizipation ist maßgeblich abhängig von Einkommen, Vermögen und Bildungsgrad. Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Befund nicht nur Auswirkungen auf politische Partizipation haben wird, sondern auch im erheblichen Maße politische Entscheidungen beeinflussen dürfte. Die demokratische Praxis in Deutschland (und anderen Industrienationen) verstärkt somit den Trend zu mehr sozialer Ungleichheit, obwohl eine Mehrheit der deutschen Gesellschaft ein potentielles Interesse an dessen Umkehrung haben sollte.

Der Fall „Stuttgart 21“ ist in mehrfacher Hinsicht ein Paradebeispiel. Die überwiegende Mehrzahl der Aktivist/-innen gehört zur gut gebildeten und relativ wohlhabenden Mittelschicht. Arbeitslose, Geringverdiener und Migranten sind hingegen selten vertreten. Ganz verwunderlich ist dies nicht, sind doch kulturelle, ökologische und städtebauliche Belange, die bei den Protesten gegen „Stuttgart 21“ eine zentrale Rolle spielen, normalerweise Themen, die in der Lebenswirklichkeit sozial benachteiligter Menschen keine besonders große Priorität genießen. Sozialproteste finden in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Industrienationen, kaum statt. Die Belange sozial benachteiligter Gruppen finden wenig Gehör.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen widmet sich die vorliegende OBS-Studie dem empirischen Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation in Deutschland. Ziel der Studie ist es, einen Überblick über die Folgen von sozialer

Ungleichheit auf das Partizipationsverhalten von Bürger/-innen in Deutschland zu geben. Auf der Grundlage eines breiten Partizipationsbegriffes nimmt die Studie verschiedene Formen von Partizipation und deren Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit in den Blick. Der Autor Sebastian Bödeker wertet zu diesem Zweck eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Umfragedaten aus, auf dessen Grundlage er die soziale Bedingtheit politischen Engagements anschaulich belegt.

Neben der empirischen Analyse des reichhaltigen Datenmaterials zum Zusammenhang von Ungleichheit und politischer Partizipation verfolgt die Studie außerdem ein normatives Interesse. Sie möchte einen Anstoß für eine notwendige Diskussion über die Folgen ungleicher politischer Partizipation für die demokratische Praxis in Deutschland insgesamt geben. Die zentrale These der Studie lautet, dass die soziale Bedingtheit politischen Engagements das fundamentale demokratische Prinzip der politischen Gleichheit gefährdet, da die unterschiedlichen Interessen der Bevölkerung im politischen System ungleich repräsentiert und berücksichtigt werden. Rein institutionelle Reformen, wie sie z.B. in Form der Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene gefordert werden, können hierfür keine Abhilfe schaffen. Zwar sind solche Reformansätze aus demokratiethoretischen Überlegungen heraus sinnvoll, sie greifen jedoch insgesamt zu kurz, da sie die Ursachen politischer Ungleichheit nicht beseitigen oder kompensieren. Der Autor plädiert daher für eine breite Debatte über die sozialen Ursachen politischer Ungleichheit, auf dessen Grundlage mögliche Lösungswege gesucht werden können.

Die Otto Brenner Stiftung hofft, mit der Veröffentlichung der Studie einen fundierten Beitrag für diese notwendige gesellschaftliche Diskussion beisteuern zu können.

Frankfurt am Main, im Februar 2012


Jupp Legrand


Wolf Jürgen Röder

- Geschäftsführer OBS -

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Inhaltsverzeichnis	3
1. Einleitung	4
1.1 Zielsetzung und Aufbau der Studie	6
1.2 Untersuchungsgegenstand und Begriffsbestimmungen	7
1.3 Theoretische Einordnung der Studie	8
1.4 Datengrundlage und methodische Bemerkungen	10
2. Politische Partizipation im Wandel	12
2.1 Das Bild vom „guten Bürger“	12
2.2 Trends politischer Partizipation im Zeitverlauf	17
3. Soziale Ungleichheit und Politische Partizipation	24
3.1 Soziale Ungleichheit und handlungsbezogene Einstellungen	25
3.2 Soziale Ungleichheit und Mitgliedschaften	28
3.3 Soziale Ungleichheit und Wahlen	33
3.4 Soziale Ungleichheit und weitere Formen politischer Partizipation	35
3.5 Zwischenfazit	37
4. Politische Gleichheit und ungleiche politische Partizipation	39
4.1 Die Repräsentation schwacher Interessen	39
4.2 Drei Strategien gegen politische Ungleichheit	41
4.3 Grenzen politischer Gleichheit?	42
4.4 Offene Fragen und Forschungsbedarf	45
Verzeichnis der Tabellen	47
Verzeichnis der Abbildungen	47
Literaturverzeichnis	48

1. Einleitung

„[S]o long as citizens differ in their opinions and interests, the level playing field of democracy requires that we take seriously the fact that citizens differ in their capacity, and desire, to exercise political voice.“
– Kay Lehman Schlozman et al., 2005

Spätestens seit dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ist der Begriff der Bürgergesellschaft in aller Munde (Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002). In einem engen analytischen Verständnis wird der Begriff gleichbedeutend mit „Zivilgesellschaft“ verwendet und bezeichnet einen eigenständigen gesellschaftlichen Bereich zwischen Familie, Markt und Staat. So verstanden ist Bürgergesellschaft nichts anderes als die Summe aller selbstorganisierten Assoziationen und Tätigkeiten eines wie auch immer definierten Gemeinwesens (z.B. nationale Bürgergesellschaft, europäische Bürgergesellschaft). In einem umfassenderen normativen Verständnis ist Bürgergesellschaft eine Gesellschaftsvision, die bestehende politische Strukturen in Frage stellt. Die Leitidee einer solchen Konzeption bildet die gesellschaftliche Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern auch über die territorialen und politischen Grenzen von Nationalstaaten hinweg (Gohl 2001).

Das politische und soziale Engagement von Bürgerinnen und Bürgern steht dabei im Zentrum aller Konzeptionen von Bürgergesellschaft. Meist wird es als Gegengewicht zu übermäßiger staatlicher Einmischung und Kontrolle gesehen und gegen die Übermacht des Marktes in Stellung gebracht.¹ Bürgerschaftliches Engagement erscheint dabei manchmal als eine Art Zauberformel gegen die Probleme moderner repräsentativer Demokratien: abnehmende Wahlbeteiligung, Rückgang der Zahl von

* Für die Finanzierung und die Unterstützung bei der Erstellung der Studie möchte ich mich bei der Otto-Brenner-Stiftung bedanken. Mein besonderer Dank gilt hierbei Andreas Kolbe, der mit vielen inhaltlichen und redaktionellen Anmerkungen zur Verbesserung der Studie beigetragen hat. Hilfreiche Anmerkungen habe ich außerdem von Eckhard Priller, Dieter Rucht und Thorsten Thiel sowie weiteren Teilnehmern des Kolloquiums „Politik von unten“ erhalten.

¹ In anderen, insbesondere in neoliberalen Konzeptionen, wird auch der privatwirtschaftliche Sektor zur Zivilgesellschaft gezählt, um diesen gegen die „Dominanz des Staates“ in Stellung zu bringen.

Parteimitgliedschaften, Vertrauensverlust, politische Apathie und Desinteresse, um nur einige zu nennen.

In der Tat hat sich das politische Aktionsrepertoire der Bevölkerung im Zuge der sogenannten „partizipatorischen Revolution“ (Kaase 1984) der 1960er Jahre enorm erweitert. Neben den konventionellen Formen politischer Partizipation, wie etwa Wahlen oder Parteimitarbeit, sind neue Formen entstanden, die von der Bevölkerung im zunehmenden Maße anerkannt und genutzt werden. Jürgen Gerhards hat in diesem Zusammenhang von einem „Aufstand des Publikums“ gesprochen. Er beschreibt damit einen Wandel des Verhältnisses zwischen Experten und Bürgern, der sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen beobachten lässt (Gerhards 2001). Beispiele für diesen Wandel lassen sich etwa im Gesundheitswesen mit der Gründung zahlreicher Initiativen und Selbsthilfegruppen ausmachen. Weitere Beispiele finden sich in einer Vielzahl von Bürgerinitiativen, die sich in unterschiedlichen Bereichen einmischen und Mitspracherechte einfordern. In allen Fällen steht der Gedanke der Selbstorganisation und der Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt. Oberflächlich betrachtet lässt sich somit durchaus von einem kulturellen Wandel hin zur Bürgergesellschaft sprechen. Mehr Bürger/-innen beteiligen sich in vielfältigerer Weise an Entscheidungsprozessen, als dies noch in den 1950er und frühen 1960er Jahren der Fall gewesen ist.

Je genauer man die beschriebenen Entwicklungen betrachtet, desto kritischer müssen sie bewertet werden. Neben politischer Beteiligung gehört politische Gleichheit zu den elementarsten Prinzipien einer Demokratie. Sie ist die Geschäftsgrundlage jedes demokratischen Systems: das Versprechen des Staates, die Bedürfnisse und Interessen seiner Bürger im gleichen Maße zu berücksichtigen. Politische Gleichheit findet ihren formellen Ausdruck in der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, freien Wahlen, sowie der Meinungs-, Presse-, und Versammlungsfreiheit. Politische Gleichheit ist jedoch nicht nur als Rechtsanspruch zu verstehen, sondern realisiert sich im Wesentlichen durch politische Partizipation innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens.

Auch wenn das Ideal politischer Gleichheit, zumindest in westlichen Gesellschaften, als Gemeinplatz gelten mag, war es über weite Strecken der politischen Ideengeschichte eine kleine Minderheit, die für seine Verwirklichung eingetreten ist. Erst mit der Ausbreitung demokratischer Massenbewegungen seit dem 18. Jahrhundert lässt sich von einer schrittweisen Verankerung politischer Gleichheit als regulativem Ideal sprechen. Betrachtet man die Entwicklung in einer langfristigen und internationalen Perspektive, so lässt sich durchaus von einer Zunahme politischer Gleichheit sprechen. Waren es 1973 gerade einmal 44 Staaten, in denen die politischen Institutionen und Verfahren einer modernen Demokratie nach dem Vorbild Westeuropas und der Vereinigten Staaten verankert waren, sind es 2011 immerhin 87 von 194 Staaten, in denen zudem fast 60% der Weltbevölkerung leben.² Hinzu kommen zahlreiche Entwicklungen innerhalb der westlichen Demokratien, die zu politischer Gleichheit beigetragen haben. Zunächst ist hier natürlich die Einführung des Frauenwahlrechts zu nennen, aber auch politische Entwicklungen wie etwa die Bildungsreformen der 1960er Jahre in Deutschland oder die Aktivitäten verschiedener sozialer Bewegungen, die zumindest zu einer partiellen politischen Mobilisierung der Bevölkerung geführt haben (Hadjar und Becker 2007).

² <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15>

Dennoch besteht auch in Deutschland im Hinblick auf politische Teilhabe und Partizipation eine erhebliche soziale Selektivität.³ Wie noch zu zeigen sein wird, hängt der Grad an politischer Partizipation im hohen Maße von Einkommen und Bildung ab. Einkommensschwache und bildungsferne Teile der Bevölkerung sind in allen Formen politischer Partizipation unterrepräsentiert. Der „Aufstand des Publikums“ ist in vielerlei Hinsicht ein Aufstand der einkommensstarken und gut gebildeten Ober- und Mittelschicht.

Die Situation ist paradox: Einerseits lassen sich in den aktuellen Entwicklungen Züge einer demokratischen Bürgergesellschaft erkennen, in der Bürger/-innen zunehmend auch abseits von Wahlen und Parteien politisch aktiv sind. Andererseits führt gerade diese Praxis zu einer Zunahme politischer Ungleichheit, da die neuen Formen politischer Partizipation in einem noch größeren Ausmaß sozial verzerrt sind.

1.1 Zielsetzung und Aufbau der Studie

Die vorliegende Studie untersucht den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation in Deutschland. Die Leitfragen lauten: In welchem Ausmaß sind unterschiedliche Formen politischer Partizipation abhängig von Einkommen und Bildung? Was sind die Auswirkungen ungleicher politischer Partizipation? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Vision einer demokratischen Bürgergesellschaft und das Ideal politischer Gleichheit? Ziel der Studie ist es ein möglichst umfassendes deskriptives Bild der Situation in Deutschland zu zeichnen und die empirischen Ergebnisse im Lichte der Debatte über Bürgergesellschaft und politischem Engagement in Deutschland zu diskutieren.

Die Studie ist in vier Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel werden der Untersuchungsgegenstand erläutert sowie theoretische und methodische Überlegungen vorgestellt. Im zweiten Kapitel wird zunächst der langfristige Wandel von politischer Partizipation beschrieben, vor dessen Hintergrund die Debatten über Bürgerbeteiligung und politische Partizipation geführt werden. Hierzu werden der Wandel von Partizipations- und Bürgernormen betrachtet (2.1) und die Trends politischer Partizipation im Zeitverlauf untersucht (2.2). Das dritte Kapitel widmet sich der ausführlichen Analyse politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit. Es gliedert sich in fünf Abschnitte, in denen zunächst die unterschiedlichen Aspekte politischer Partizipation und sozialer Ungleichheit beleuchtet werden: soziale Ungleichheit und handlungsbezogene Einstellungen (3.1), soziale Ungleichheit und Mitgliedschaften (3.2), soziale Ungleichheit und Wahlen (3.3) und soziale Ungleichheit und weniger stark institutionalisierte Formen politischer Partizipation (3.4). In Abschnitt 3.5 werden Forschungsergebnisse aus anderen Studien hinzugezogen, um ein umfassendes Bild der empirischen Zusammenhänge zu präsentieren. Im vierten Kapitel werden die wesentlichen Ergebnisse der Studie diskutiert. Zunächst werden die Folgen ungleicher Partizipation für das Funktionieren repräsentativer Demokratie vor dem Hintergrund des politischen Gleichheitsideals behandelt (4.1). Im Anschluss daran wird der Frage nachgegangen, ob mehr politische Gleichheit möglich ist und welche potentiellen Möglichkeiten (4.2) und Schranken (4.3) sich bei der Verwirklichung politischer

³ Die Norm an der sich das Ausmaß sozialer Selektivität bemisst, ist eine vollständige Gleichverteilung politischer Partizipation zwischen unterschiedlichen Einkommens- bzw. Bildungsgruppen. Je größer die Abweichung von einer solchen Gleichverteilung ist, desto größer ist dementsprechend das Ausmaß sozialer Selektivität.

Gleichheit ergeben. Der letzte Abschnitt thematisiert offene Fragen und Möglichkeiten für zukünftige Forschungsvorhaben (4.4).

1.2 Untersuchungsgegenstand und Begriffsbestimmungen

Bevor der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation näher untersucht wird, soll zunächst eine genaue Begriffsbestimmung vorgenommen werden. Dazu ist die Frage zu klären: Welche Handlungen sollen als explizit politisch gelten und welche nicht? Die Grenzen zwischen sozialen und politischen Handlungen sind fließend. In der Partizipationsforschung finden sich dementsprechend unterschiedliche Definitionen von politischer Partizipation (Steinbrecher 2008, S. 27 ff.). Während einige Studien sich auf einen sehr engen Bereich politischer Partizipation konzentrieren und dabei insbesondere Wahlbeteiligung und die Unterstützung von Parteien und Kandidaten in den Blick nehmen (Campbell et al. 1954; Lane 1961), nutzen andere Autoren eine weitgefaste Definition, die sogar das Nachdenken über Politik mit einschließt (Radtko 1976). Der Vorgehensweise von Kaase (1987) und Steinbrecher (2008, S. 28) folgend, sollen unter politischer Partizipation alle Handlungen verstanden werden, die von Bürger/-innen mit dem Ziel verfolgt werden, den politischen Prozess in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Ausgeschlossen werden somit eine ganze Reihe von Sachverhalten, wie etwa politische Meinungen, die Diskussion über Politik oder bloße Handlungsabsichten. Auch die berufliche Beteiligung an Politik ist nach dieser Definition keine politische Partizipation. Etwas schwieriger hingegen ist die Abgrenzung von politischer Partizipation und sozialem Engagement. Unter sozialem Engagement werden meist freiwillige Tätigkeiten verstanden, die dem Zweck dienen „sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen“ (Gabriel und Völkl 2005). Soziale Partizipation zielt also nicht in erster Linie auf die Beeinflussung von politischen Entscheidungen, sondern auf soziale Unterstützungsleistungen ab. In vielen Fällen ergänzen und beeinflussen sich beide Formen des Engagements und werden daher häufig mit den Begriffen „Bürgerengagement“ oder „bürgerschaftliches Engagement“ zusammengefasst (Heinze und Olk 2001; Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002).

Die vorliegende Studie wird sich, der Definition von Kaase (1987) folgend, auf den Bereich des politischen Engagements beschränken. Hierzu zählen neben der Wahlbeteiligung und den formellen Mitgliedschaften in Parteien und politischen Organisationen, eine Reihe von weniger stark institutionalisierten Formen der Partizipation, wie beispielsweise die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Besetzungsaktionen oder auch Onlineprotest. All diese Formen der politischen Partizipation werden dementsprechend auf ihren Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit hin untersucht.

Unter sozialer Ungleichheit wird in der Soziologie die ungleiche Verteilung von Ressourcen verstanden, die zu unterschiedlichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe führen kann, in diesem Fall also zu Unterschieden in der politischen Partizipation. Neben materiellen Ressourcen, wie etwa Einkommen und Vermögen, zählen hierzu auch immaterielle Ressourcen wie etwa soziales Prestige, wobei letzteres meist stark mit der materiellen Ressourcenausstattung zusammenhängt. Die Studie wird

sich auf Einkommens- und Bildungsunterschiede beschränken, die als wesentliche Bestimmungsfaktoren für gesellschaftliche und politische Teilhabe angesehen werden (Barnes und Kaase 1979; Uehlinger 1988; Böhnke 2011).

1.3 Theoretische Einordnung der Studie

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation ist keineswegs neu. Seit Jahrzehnten ist die soziale Bedingtheit politischer Partizipation bekannt (Lipset 1960). In den 1990er Jahren kam es zu einer Revitalisierung der Debatte, die insbesondere in den USA durch die Arbeiten von Sidney Verba und seinen Kollegen angeregt wurde. In dem viel beachteten Werk „Voice and Equality“ (Verba et al. 1995) wurden die grundlegenden Argumente des „Ressourcenmodells“ dargelegt, das bis heute als wesentlicher Eckpfeiler der Partizipationsforschung gilt (Jacobs und Skocpol 2005). Demnach sind die maßgeblichen Ressourcen die über (Nicht-)Beteiligung am politischen Leben entscheiden: Zeit, Einkommen, und soziale Kompetenz. Alle drei Ressourcen stehen dabei in einem engen Zusammenhang. Das verfügbare Einkommen ist in der Regel eng an den erworbenen Bildungsabschluss gekoppelt, so dass Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen in der Regel auch über ein größeres Einkommen verfügen. Die verfügbare Zeit ist wiederum eng an den Erwerbsstatus einer Person gekoppelt. Neben dem verfügbaren Einkommen und dem formellen Bildungsabschluss sind für das „Ressourcenmodell“ weiterhin soziale Kompetenzen von großer Bedeutung, die durch verschiedene soziale Aktivitäten in Vereinen, der Familie oder kirchlichen Zusammenhängen erlangt werden (Brady et al. 1995). Es wird also auch hier ein enger Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Partizipation hergestellt, wobei der Grad an erworbener sozialer Kompetenz in großem Maße von Bildung und Einkommen abhängt.

Empirische Forschung hat seither den engen Zusammenhang von individuellen Ressourcen und politischer Partizipation vielfach bestätigt (Verba und Fiorina 2005; Böhnke 2011): Bildung, Einkommen und soziale Kompetenz entscheiden über den Grad an politischer Beteiligung. Dennoch bedarf dieser empirische Zusammenhang einer theoretischen Erklärung. Schließlich könnte man vermuten, dass mit steigender sozialer Ungleichheit und zunehmenden sozialen wie politischen Konflikten auch der Grad an politischer Beteiligung zunimmt.⁴ Was sind die Mechanismen die eine Beziehung zwischen Bildung, Einkommen und politischer Partizipation erklären können?

Zunächst lässt sich eine direkte Beziehung zwischen Bildungsgrad und politischer Partizipation herstellen, die unmittelbar mit den Anforderungen verknüpft ist, die unterschiedliche Formen der Partizipation an das Individuum stellen. Verschiedene Partizipationsformen erfordern unterschiedliche kognitive Fähigkeiten sowie spezifische Kompetenzen, die nicht jede/-r in gleichem Maße mitbringt. Eine höhere Bildung erleichtert den Zugang zum politischen Engagement, da Kompetenzen erworben wurden, die zukünftige Kosten für Partizipation senken (Hadjar und Becker 2007, S. 414).

Bildung hat jedoch auch einen indirekten Effekt auf politische Partizipation. Erworbene Bildungsabschlüsse lassen sich auf dem Arbeitsmarkt in höheres Einkommen und soziales Ansehen umsetzen. Somit hat bereits der erreichte Schulabschluss einen

⁴ So argumentieren Vertreter der Deprivationstheorie, dass mit zunehmender sozialer Ungleichheit und relativer Deprivation das Potential für politischen Protest in unterschiedlicher Form zunehmen sollte (Gurr 1970).

substantiellen Anteil an der späteren sozialen Lage und den damit verbundenen Lebenschancen. Der erreichte Bildungsabschluss ist wiederum in hohem Maße von der sozialen Herkunft und dem Bildungsgrad der Eltern abhängig (Mayer und Blossfeld 1990; Becker 2003).

Eine weitere indirekte Verbindung zwischen Bildung und politischer Partizipation verläuft über den Faktor der politischen Wirksamkeitsüberzeugung. Ein höherer Bildungsgrad hat dabei zur Folge, dass Individuen ihre Einflussmöglichkeiten auf politische Prozesse weitaus positiver beurteilen (Vetter 2000; Steinbrecher 2008; Hadjar und Becker 2007, S. 415). Sowohl die Einschätzung der zur Einflussnahme zur Verfügung stehenden Instrumente („Internal Efficacy“) als auch die Wahrnehmung der Wirksamkeit der eigenen Einflussnahme („External Efficacy“) sind stark vom jeweiligen Bildungsniveau abhängig (Barnes und Kaase 1979; Milbrath und Goel 1977; Uehlinger 1988). Bildungsgrad, sozialer Status und politische Wirksamkeitsüberzeugung führen zu einem verstärkten politischen Interesse, welches als eine Vorstufe zum politischen Engagement gelten kann (Hadjar und Becker 2006). Nur wer sich zumindest partiell für politische Vorgänge und Sachverhalte interessiert, wird die Bereitschaft entwickeln, sein Interesse in politisches Engagement umzusetzen.

Aus den genannten Überlegungen ergibt sich also ein komplexes Modell politischer Partizipation, das die direkten und indirekten Effekte von Bildung und Einkommen auf Partizipation abbildet. Zusammen mit weiteren Variablen (Geschlecht, Alter, ideologischer Standpunkt, etc.) ergibt sich ein umfassendes kausales Erklärungsmodell, wie es z.B. von (Steinbrecher 2008, S. 228 ff.) vorgeschlagen und getestet wird.

Die Überlegungen zu direkten und indirekten Effekten von Bildung und Einkommen dienen in erster Linie der Erläuterung der theoretischen Zusammenhänge von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation. Die vorliegende Studie erhebt keinen Anspruch ein eigenes Kausalmodell aufzustellen oder gar empirisch zu überprüfen. Der empirische Teil der Studie wird sich auf bivariate Zusammenhänge beschränken, um ein umfassendes deskriptives Bild von der Situation in Deutschland zu zeichnen.

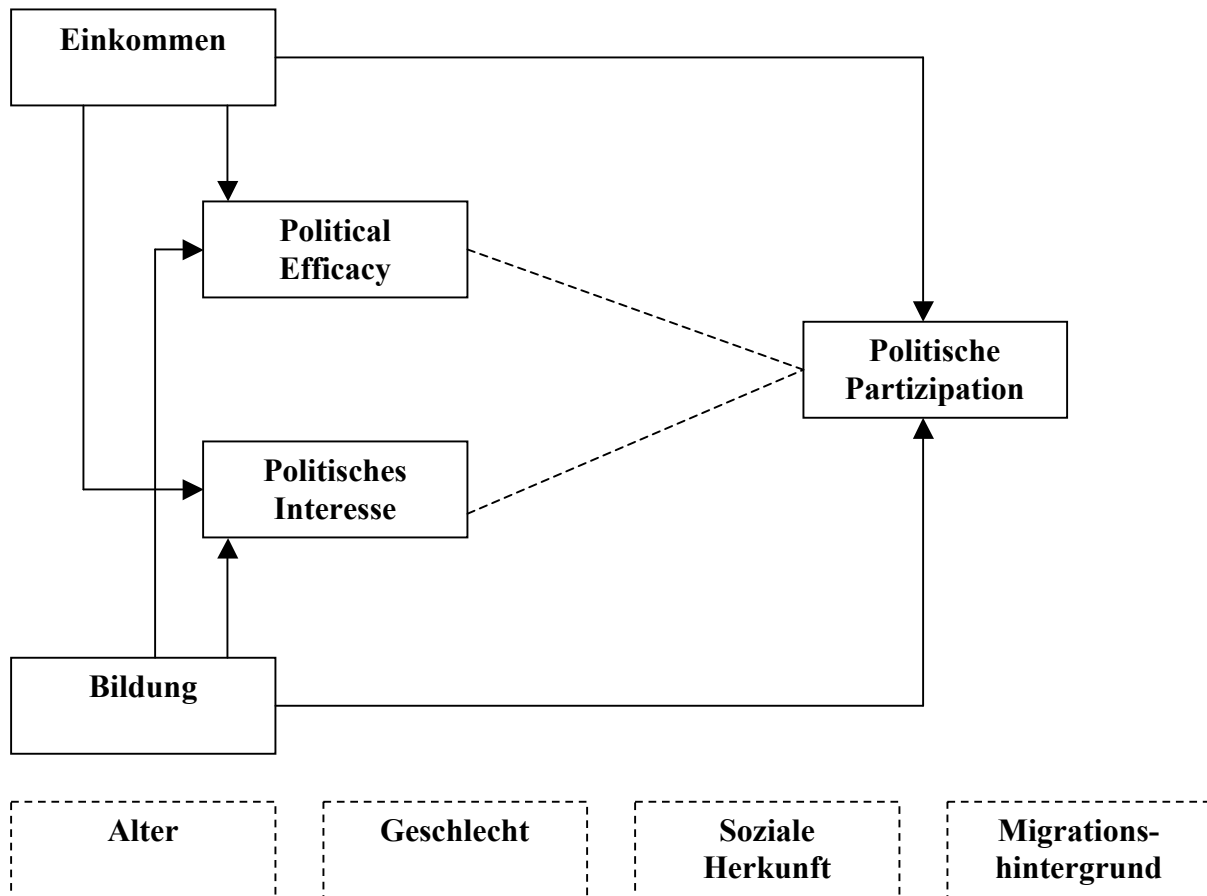
Abbildung 1 stellt die Einflussfaktoren politischer Partizipation grafisch dar. Die durchgezogenen Linien zeigen die in der Studie betrachteten Zusammenhänge:

- direkte Effekte von Einkommen und Bildung auf politische Partizipation,
- der Zusammenhang von Einkommen und Bildung mit politischem Interesse und der politischen Wirksamkeitsüberzeugung.

Eine Analyse der indirekten Effekte, angedeutet durch die gestrichelten Linien, wird hingegen nicht vorgenommen. Weitere mögliche Einflussfaktoren, wie z.B. Alter, Geschlecht, soziale Herkunft oder ein möglicher Migrationshintergrund, werden in der Analyse ebenfalls nicht berücksichtigt.⁵

⁵ Die kausale Aussagekraft der Analyse ist somit stark eingeschränkt. Der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation bleibt aber auch in multivariaten Analysen bestehen (z.B. Steinbracher 2008).

Abbildung 1: Einflussfaktoren politischer Partizipation



Eigene Darstellung

1.4 Datengrundlage und methodische Bemerkungen

Ziel der Studie ist es den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit in Form von Bildungs- und Einkommensunterschieden möglichst umfassend zu analysieren. Hierfür wird auf mehrere Datensammlungen zurückgegriffen, die wichtige Informationen über das politische Handeln, sowie die Sozialstruktur der Befragten enthalten.

- Die Studie stützt sich insbesondere auf die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS), die seit 1980 in einem Abstand von zwei Jahren durchgeführt wird.⁶ Die ALLBUS-Studien aus den Jahren 1988, 1998 und 2008 enthalten den umfangreichsten Fragenkatalog zum Thema „politische Partizipation“ und werden daher hauptsächlich verwendet. Für langfristige Betrachtungen wird auf den kumulierten ALLBUS-Datensatz zurückgegriffen, der Umfragedaten von 1980 bis 2008 enthält.
- Im zweiten Kapitel werden Daten aus dem „International Social Survey Programme“ von 2004 zum Themenkomplex „Citizenship“ verwendet.⁷

⁶ <http://www.esis.org/allbus/>

⁷ <http://www.issp.org/>

- Der Prodat-Datensatz enthält Informationen zu Protestereignissen in Deutschland zwischen 1950 und 2002.⁸
- Für einzelne Darstellungen werden weitere Daten herangezogen, deren Herkunft an der jeweiligen Stelle nachgewiesen wird.

Neben der ausführlichen Auswertung der vorhandenen Sekundärliteratur stützt sich die Studie also maßgeblich auf sozialwissenschaftliche Umfragedaten. Das methodische Ziel sozialwissenschaftlicher Umfragen besteht in der Herstellung einer repräsentativen Stichprobe, deren Ergebnisse auch für die Gesamtbevölkerung zutreffen sollen (Schoen et al. 2009). Zum Erreichen dieses Ziels werden in der Umfrageforschung häufig Gewichtungsfaktoren verwendet, um die Ergebnisse an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung anzunähern. Für die Analyse der Daten werden sowohl die Gewichte zur Transformation von Haushaltsstichproben in Personendatensätzen, als auch Gewichte zur Aufhebung des Oversamples in den neuen Bundesländern genutzt.⁹ Insgesamt zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen gewichteten und ungewichteten Daten marginal sind und die Ergebnisse somit nur geringfügig beeinflusst werden. Die statistische Robustheit der Ergebnisse und die Größe der Unterschiede zwischen den Einkommens- und Bildungsgruppen lassen systematische Messabweichungen in der Stichprobe ohnehin sehr unwahrscheinlich erscheinen.

Die beiden zentralen unabhängigen Variablen werden wie folgt operationalisiert: Als Indikator für das Bildungsniveau dient der höchste erreichte Schulabschluss. Dieser wird in drei Kategorien unterteilt: 1. Hauptschulabschluss/kein Abschluss; 2. Mittlere Reife; 3. (Fach-)Abitur.¹⁰

Für die Messung des Einkommens wird das gewichtete Nettoäquivalenzeinkommen genutzt, wie es u.a. vom Statistischen Bundesamt oder dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) verwendet wird. Das Äquivalenzeinkommen ist das unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen eines Individuums. Hierzu werden alle Einkommen von Haushalten unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagene Skala umgerechnet. Die älteste Person des Haushalts erhält das Gewicht 1,0, weitere Personen des Haushalts, die 14 Jahre oder älter sind, erhalten den Gewichtungsfaktor 0,5 und Kinder unter 14 Jahren den Faktor 0,3.

⁸ <http://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/prodat-dokument>

⁹ Für eine kritische Auseinandersetzung mit Gewichtungsfaktoren siehe: (Arzheimer 2009). Für spezielle Hinweise zum ALLBUS siehe: <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/daten/umfragedaten/allbus/dokumente/Gewichtung.pdf?download=true>.

¹⁰ Der Anteil der Befragten ohne Schulabschluss ist äußerst gering, so dass eine separate Kategorie nicht sinnvoll erscheint.

2. Politische Partizipation im Wandel

*“Come senators, congressmen
Please heed the call
Don't stand in the doorway
Don't block up the hall
For he that gets hurt
Will be he who has stalled
There's a battle outside ragin'.
It'll soon shake your windows
And rattle your walls
For the times they are a-changin'.”*
– Bob Dylan, 1965

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der frühen Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre unterschieden sich in vielerlei Hinsicht von den heutigen. Die Mehrheit der Bevölkerung war vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren und aufgewachsen, die Mehrzahl der Frauen ging keiner regelmäßigen Beschäftigung nach, das Bildungsniveau der Bevölkerung war um ein vielfaches geringer und die materiellen Lebensverhältnisse waren um ein vielfaches schlechter als die heutigen. Diese Faktoren haben einen erheblichen Einfluss auf politische Partizipation. Eine Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Umstände dürfte sich letztlich auch in einer Veränderung der politischen Partizipation niederschlagen. Um die veränderte Ausgangslage zu verstehen, vor der sich die aktuelle Debatte um Bürgerbeteiligung und politische Partizipation abspielt, soll daher in den nächsten Abschnitten kurz auf einige wichtige Trends politischer Partizipation eingegangen werden. In der Debatte über die Rolle der Bürgergesellschaft wird hierbei auf zwei unterschiedliche Dimensionen eingegangen. Zum einen auf die veränderten Normvorstellungen von Bürger/-innen in Bezug auf ihre eigene Rolle in einem demokratischen Gemeinwesen (2.1), zum anderen auf die Veränderung der Partizipationsformen seit den späten 1960er Jahren (2.2).

2.1 Das Bild vom „guten Bürger“

Die heftigen Proteste gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofes im Sommer 2010 bildeten den Auftakt für eine intensive Debatte über politische Partizipation und Bürgerbeteiligung in Deutschland. Während einige Beobachter in den emotionalen Auseinandersetzungen um das städtische Bauvorhaben einen Bruch mit der bürgerlichen Tradition ausmachten, bejubelten andere das Widererstarken einer aktiven Bürgerschaft, die sich einmischt und wenn nötig sogar mit Mitteln des zivilen Ungehorsams ihre Interessen verfolgt.

Was in der Debatte aufeinandertrifft sind zwei unterschiedliche Vorstellungen davon, was einen „guten Bürger“ letztendlich ausmacht.¹¹ Die Normvorstellung des „braven Wahlbürgers“, der seine Steuern zahlt, das Gesetz befolgt und ein bis zweimal im Jahr zur Wahlurne geht, trifft auf das Bild des „engagierten Bürgers“, der ehrenamtlich aktiv

¹¹ Viele der nachfolgenden Überlegungen finden sich in Dalton (2008), der diese Analyse für die USA vorgenommen hat und dessen grundsätzliche Vorgehensweise ich hier übernehme.

ist, sich um die Belange seiner Mitmenschen kümmert, Kontakt zu Politikern aufnimmt und wenn notwendig auch auf die Straße geht, um gegen vermeintliche Ungerechtigkeiten zu demonstrieren.¹²

Auf dem Kontinuum zwischen diesen beiden Idealtypen lassen sich die empirischen Vorstellungen davon, was einen „guten Bürger“ ausmacht, anordnen. Bürgernormen beeinflussen dabei nicht nur die Bewertung einzelner Formen politischer Partizipation, sondern sie haben ebenso einen Effekt auf die Handlungsebene. Bürger/-innen, die sich über politische Vorgänge informieren und das Handeln der Regierung verfolgen, tendieren eher dazu Politiker außerhalb des Wahlkampfes zu kontaktieren. Für andere Bürger/-innen endet die „Bürgerpflicht“ wiederum mit dem Gang zur Wahlurne. Bürgerschaftsnormen beeinflussen also ganz unmittelbar politische Handlungen, so dass ein Normenwandel in diesem Bereich zumindest einen mittel- bis langfristigen Effekt auf politische Handlungen aufweisen dürfte.

Leider liegen über die Entwicklungen von Bürgernormen keine langfristigen Daten vor. Einen Aufschluss über verschiedene Ansichten darüber, was einen guten Bürger ausmacht, liefert die „Internationale Sozialwissenschaftliche Umfrage“ zum Thema „Bürger und Staat“ von 2004. Im Rahmen der repräsentativen Befragung wurde der Frage nachgegangen, welche Eigenschaften einen guten Bürger auszeichnen.¹³ Insgesamt wurden zehn Eigenschaften angegeben, deren Wichtigkeit die Befragten auf einer Skala von 1 „Überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „Sehr wichtig“ einordnen sollten. Dalton (2008) folgend, lassen sich die zehn Eigenschaften in zwei übergeordnete Kategorien sortieren. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse einer Faktorenanalyse mit zwei Kategorien, wobei die Werte die jeweilige Korrelation der Eigenschaft mit der zugrundeliegenden Oberkategorie angeben.¹⁴ Je höher der Wert, desto größer die Übereinstimmung mit der jeweiligen Kategorie. Die erste Kategorie beschreibt dabei den Idealtypus des „guten Bürgers“, der sich am besten als „pflichtbewusst“ beschreiben lässt. Für den „pflichtbewussten Bürger“ ist es besonders wichtig, immer wählen zu gehen, niemals Steuern zu hinterziehen, Gesetze und Bestimmungen zu befolgen, notfalls Militärdienst zu leisten und zu verfolgen, was seine Regierung tut. In dieser Kategorie spiegelt sich das traditionelle Verständnis eines „braven Wahlbürger“ wider. Demgegenüber steht der „engagierte Bürger“, dem es wichtig ist, in sozialen oder politischen Vereinigungen aktiv zu sein, die Standpunkte Andersdenkender zu verstehen, aus ethischen oder politischen Gründen Produkte zu kaufen oder zu boykottieren und Menschen im eigenen Land

¹² In der öffentlichen Debatte wurde der Kunstbegriff „Wutbürger“ verwendet, der vom Journalisten Dirk Kurbjuweit in der Ausgabe 41/2010 des Magazins Der Spiegel geprägt worden ist. (Siehe: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html>). Er beschreibt mit dem Begriff einen Angehörigen des bürgerlichen Milieus, der mit der Tradition des Bürgertums gebrochen habe und seine Wut gegen die Politik auf die Straße trägt. Der Begriff wurde in negativer Absicht verwendet, um den Bürgerprotest gegen „Stuttgart 21“ als antidemokratisch und fortschrittsfeindlich zu diskreditieren. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde der Begriff von Befürwortern des Protestes aufgegriffen und seine Bedeutung ins positive gewendet (Siehe z.B.: <http://www.gegenblende.de/++co++0de4546a-1fc9-11e0-5a7f-001ec9b03e44>).

¹³ Für die Details der Befragung siehe <http://www.issp.org/index.php>. Die vollständige Frage lautete: „Es gibt verschiedene Ansichten darüber was einen guten Bürger ausmacht. Sagen sie uns bitte ihre Meinung an Hand dieser Skala.“

¹⁴ Die Faktorenanalyse ist ein statistisches Verfahren mit dessen Hilfe viele empirische Beobachtungen auf wenige Oberkategorien reduziert werden. Die Oberkategorien werden empirisch nicht beobachtet. Sie werden aus einer Analyse der Einzelbeobachtungen nachträglich konstruiert. Die Korrelation beschreibt den Zusammenhang zwischen den Einzelwerten und der zugrunde liegenden Oberkategorie. Positive Werte deuten auf einen hohen statistischen Zusammenhang hin.

sowie in anderen Ländern zu helfen. In diesem Idealtypus spiegelt sich das Bild eines aktiven, engagierten und toleranten Bürgers wider, wie er in vielen Konzeptionen der Bürgergesellschaft propagiert wird. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Wichtigkeit einer bestimmten Eigenschaft nicht unbedingt zu Lasten der Wichtigkeit einer anderen Eigenschaft gehen muss. Befragte, die beispielsweise angeben, dass es ihnen sehr wichtig ist, immer wählen zu gehen, können die Eigenschaft, anderen Menschen in anderen Ländern zu helfen, als ebenso wichtig einstufen. Im Aggregat zeigt sich, dass die meisten Befragten alle zehn Eigenschaften als überdurchschnittlich wichtig einstufen.

Tabelle 1: Zwei Idealtypen des „guten Bürgers“ (Faktorenanalyse)

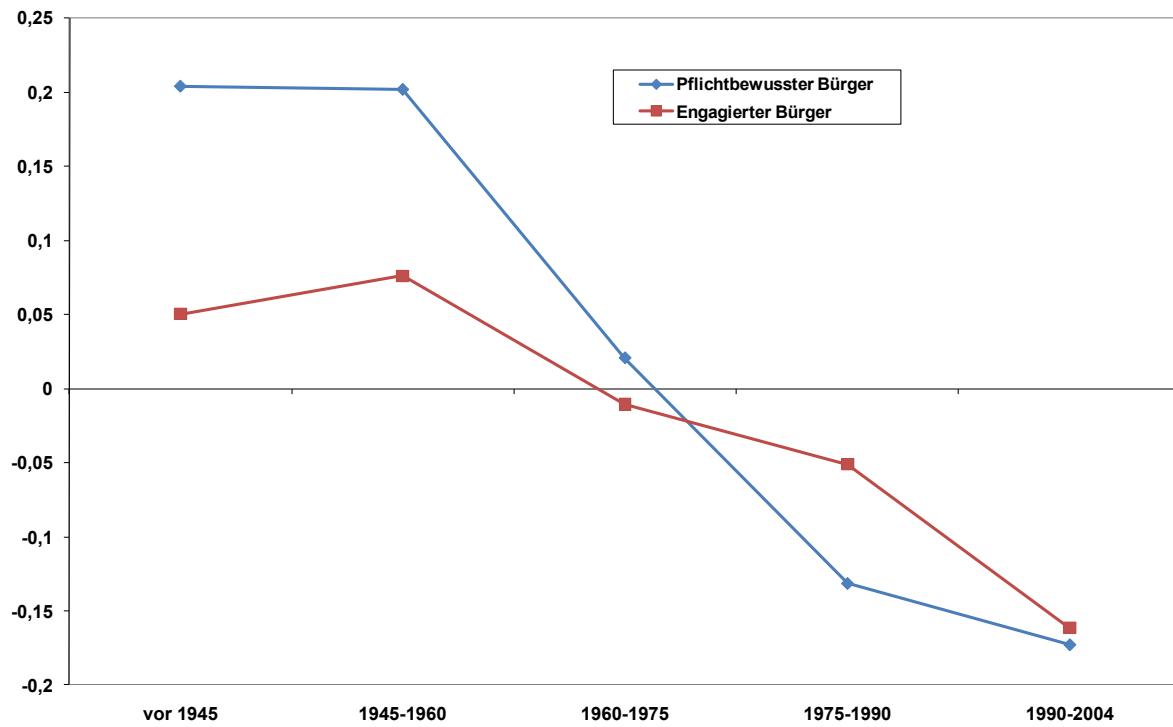
Was zeichnet einen „guten Bürger“ aus?	„Pflichtbewusster Bürger“	„Engagierter Bürger“
<i>Immer wählen gehen</i>	0.5522	0.0329
<i>Niemals Steuern hinterziehen</i>	0.649	-0.0524
<i>Gesetze und Bestimmungen immer befolgen</i>	0.6591	-0.1002
<i>Notfalls Militärdienst leisten</i>	0.2386	-0.0398
<i>Verfolgen was die Regierung macht</i>	0.4294	0.2612
<i>In sozialen oder politischen Vereinigungen aktiv sein</i>	0.176	0.4117
<i>Standpunkt Andersdenkender verstehen</i>	0.0921	0.441
<i>Aus ethischen Gründen Produkt kaufen</i>	0.0018	0.5574
<i>Menschen im eigenen Land helfen</i>	-0.0014	0.6812
<i>Menschen in anderen Ländern helfen</i>	-0.1173	0.7229

Die Werte in der Tabelle zeigen den Zusammenhang (Faktorladung) zwischen der Einzelkategorie und dem zugrunde gelegten Idealtyp an.
Datenbasis: ISSP 2004 (gewichtet)

Die Aufstellungen dieser Kategorien alleine bringt also noch keinen besonders großen Erkenntnisgewinn. Betrachtet man jedoch die Zustimmung zu dem einen oder anderen Idealtyp des guten Bürgers nach Alter und Bildungsgrad, werden interessante Unterschiede sichtbar. In Abbildung 2 sind die beiden Idealtypen des guten Bürgers in ihrer Verteilung nach Generationen abgebildet. Die positiven Werte auf der linken Achse bedeuten, dass eine bestimmte Generation über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt, während negative Werte eine unterdurchschnittliche Zustimmung angeben.¹⁵ Die Befragten wurden in fünf Altersgruppen eingeteilt, je nachdem wann sie das 18. Lebensjahr erreicht haben. Es lassen sich große Generationsunterschiede in der Zustimmung zu einem Idealtyp ausmachen. Während die Vorkriegsgeneration sowie die unmittelbaren Nachkriegsjahrgänge dem Idealtyp des „pflichtbewussten Bürgers“ zugeneigt sind, zeigt sich bereits in der politischen Generation von 1960-1975 eine sinkende Zustimmung, die sich für die beiden jüngsten Generationen weiter fortsetzt. Das traditionelle Bild vom „braven Wahlbürger“ verliert insbesondere unter jüngeren Kohorten seine prägende Kraft. Gleichzeitig lässt sich jedoch auch ein sinkender Trend in der Zustimmung zum Bild des „engagierten Bürgers“ erkennen, auch wenn dieser für die jüngeren Kohorten noch über dem des „pflichtbewussten Bürgers“ liegt.

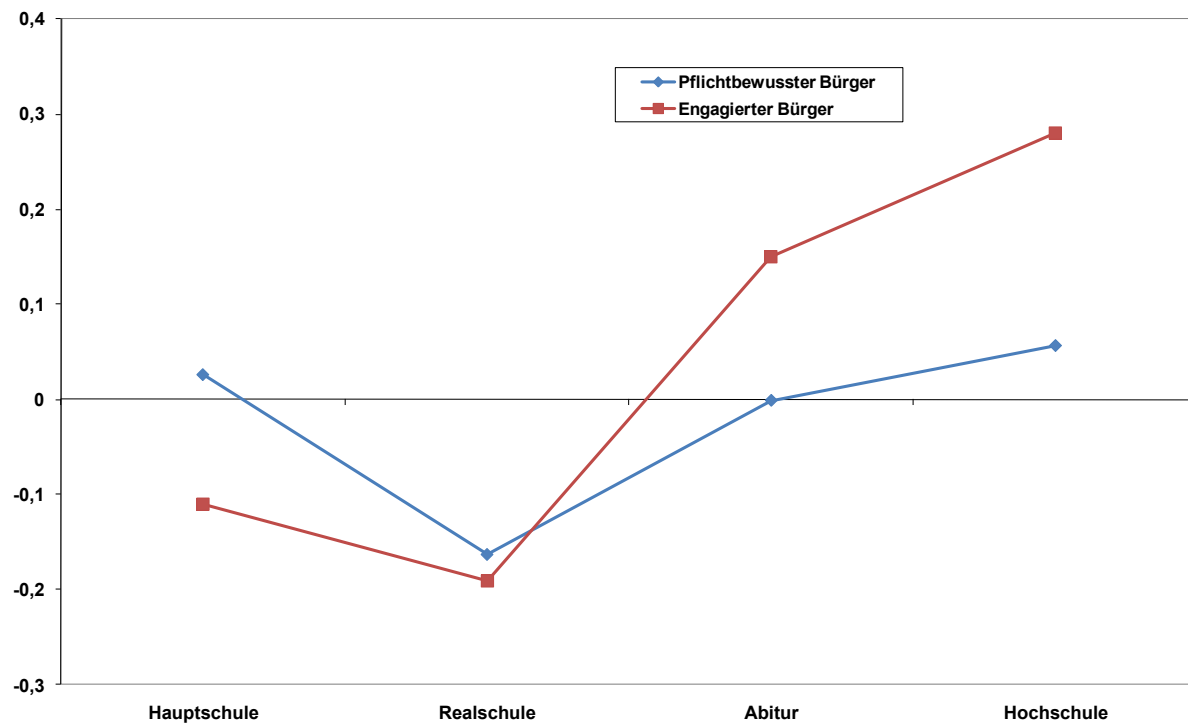
¹⁵ Auf der Achse sind die sogenannten „factor scores“ abgetragen. Positive Werte geben eine überdurchschnittlichen Wert im Bezug zur Gesamtbevölkerung an und negative Werte einen unterdurchschnittlichen Wert.

Abbildung 2: Bürgernormen und Generationsunterschiede



Datenbasis: ISSP 2004 (gewichtet)

Abbildung 3: Bürgernormen und Bildungsunterschiede

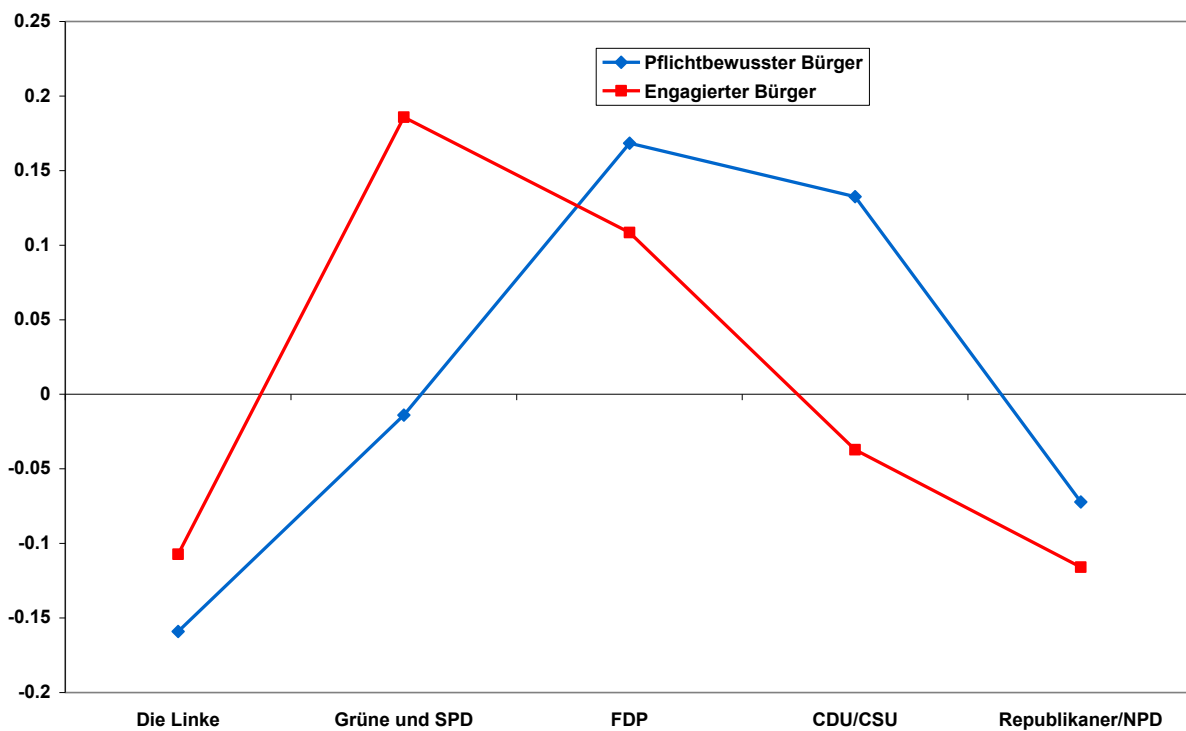


Datenbasis: ISSP 2004 (gewichtet)

Blicken wir auf die Verteilung der Idealtypen in Hinblick auf Unterschiede im Bildungsniveau (Abbildung 3), so lässt sich auch hier eine eindeutige Aussage treffen. Während Individuen mit Haupt- und Realschulabschluss eher dem Bild des „pflichtbewussten Bürgers“ zuneigen, überwiegt bei Abiturienten und Hochschulabsolventen der Idealtyp des „engagierten Bürgers“.

Auch in der Aufteilung nach politischer Parteinähe der Befragten ergeben sich Unterschiede (Abbildung 4). Anhänger der Grünen und der SPD neigen eher dem Bild des „engagierten Bürgers“ zu. Anhänger der CDU und CSU eher dem Bild des „pflichtbewussten Bürgers“. Anhänger der Linken schneiden in beiden Dimensionen unterdurchschnittlich ab, ebenso wie die Anhänger der Republikaner und der NPD. Während bei den Anhängern der Linken das Bild des „engagierten Bürgers“ überwiegt, ist das Verhältnis bei den Republikanern und der NPD umgekehrt. Die Zustimmungswerte der FDP-Anhänger für den Idealtyp des „pflichtbewussten Bürgers“ sind am größten und liegen noch vor denen der Anhänger der beiden konservativen Parteien.

Abbildung 4: Bürgernormen und Politische Parteinähe



Datenbasis: ISSP 2004 (gewichtet)

Zusammenfassend ergibt sich somit folgendes Bild: Der Idealtypus des „engagierten Bürgers“, der von Vertretern der Bürgergesellschaft propagiert wird, findet in den Normvorstellungen der Bürger/-innen in Deutschland nur eine partielle Zustimmung. Es sind insbesondere die gut gebildeten, linken Teile der Bürgerschaft, die einem solchen Bild vom „guten Staatsbürger“ zuneigen. In den älteren, weniger gebildeten, liberalen und konservativen Teilen der Bevölkerung überwiegt das Bild vom „pflichtbewussten Bürger“, der seine Steuern zahlt und regelmäßig zur Wahl geht. Erst bei jüngeren

Generationen lässt sich ein Wandel weg vom „pflichtbewussten“ hin zum „engagierten Bürger“ erkennen, der jedoch unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Insgesamt ist der Befund einer ideologischen sowie alters- und bildungsabhängigen Verzerrung in den Normvorstellungen der Bürger/-innen keineswegs überraschend. Der Diskurs zur Bürgergesellschaft ist in weiten Teilen ein Diskurs links-intellektueller Akteure im Umfeld zivilgesellschaftlicher Organisationen.¹⁶ Und dennoch weist er auf potentielle Grenzen der Vorstellung einer engagierten und toleranten Bürgerschaft hin, die bei der Diskussion um Demokratie und Partizipation berücksichtigt werden sollten. Bürgernormen beeinflussen nicht nur die Bewertung politischer Sachverhalte, sondern üben einen unmittelbaren Einfluss auf das politische Handeln von Individuen aus. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, weshalb politische Partizipation zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ungleich verteilt ist.¹⁷

2.2 Trends politischer Partizipation im Zeitverlauf

Bevor auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation eingegangen wird, bedarf es eines kurzen Überblicks über die generelle Entwicklung des politischen Engagements, vor dessen Hintergrund die Debatte um Demokratie und Bürgerbeteiligung geführt wird. Was sind die langfristigen Trends der politischen Partizipation in Deutschland?¹⁸

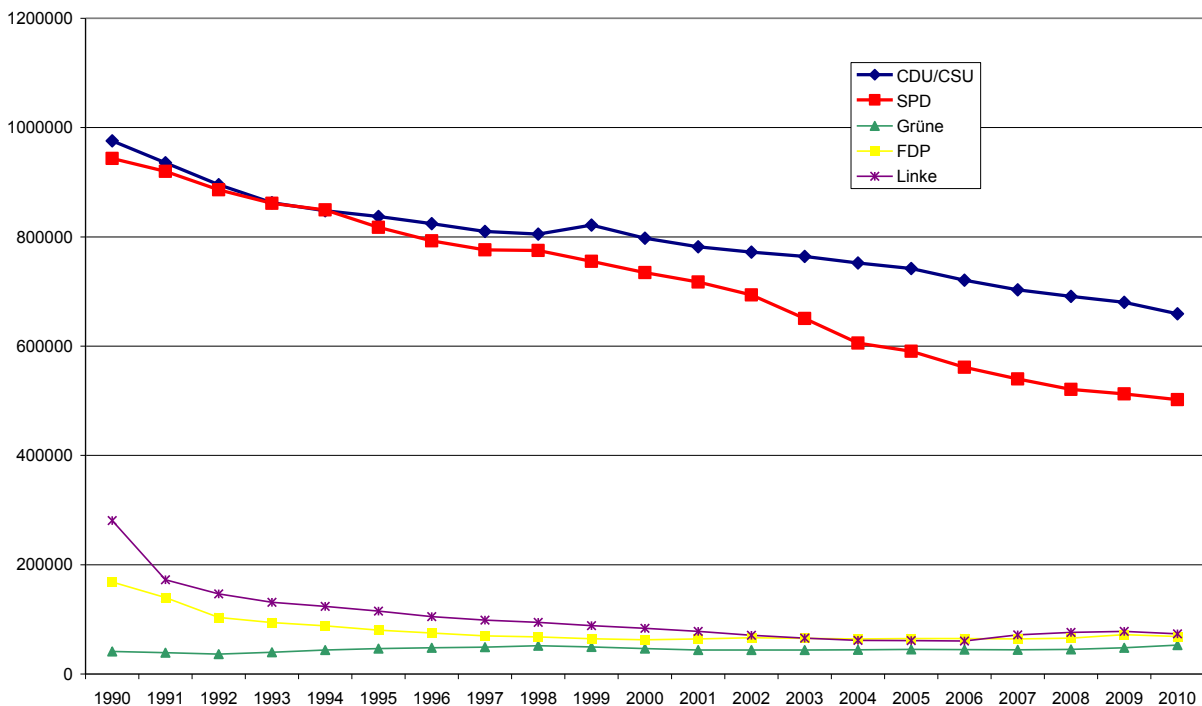
Betrachten wir dabei zunächst die Entwicklung des politischen Interesses, so lässt sich hieraus kein eindeutiger Auf- bzw. Abwärtstrend ableiten. Sowohl der Anteil der „kaum“ und „gar nicht“ Interessierten, als auch der Anteil der „stark“ und „sehr stark“ Interessierten unterscheiden sich im Zeitverlauf zwischen 1992 und heute nicht signifikant voneinander (hier nicht abgebildet). Das politische Interesse in Deutschland lässt sich somit seit Beginn der 1990er Jahre als relativ konstant bezeichnen.

¹⁶ Belege hierfür finden sich in den zahlreichen Beiträgen und Studien der linken politischen Stiftungen. Siehe z.B. die Debatten der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://www.fes.de/themen/buergergesellschaft/>.

¹⁷ Statistische Ergebnisse (hier nicht abgebildet) zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen den beiden Idealtypen des guten Bürgers und unterschiedlichen Formen der Partizipation. Insbesondere die Teilnahme an weniger institutionalisierte Formen der Partizipation steht im engen Zusammenhang mit der Normvorstellung des „engagierten Bürgers“. Siehe dazu auch Dalton (2008, S. 73).

¹⁸ Für einen Gesamtüberblick, auch zu den sozialen Formen des Engagements, siehe (Alscher et al. 2009); (Rucht 2010).

Abbildung 5: Mitgliederentwicklung deutscher Parteien

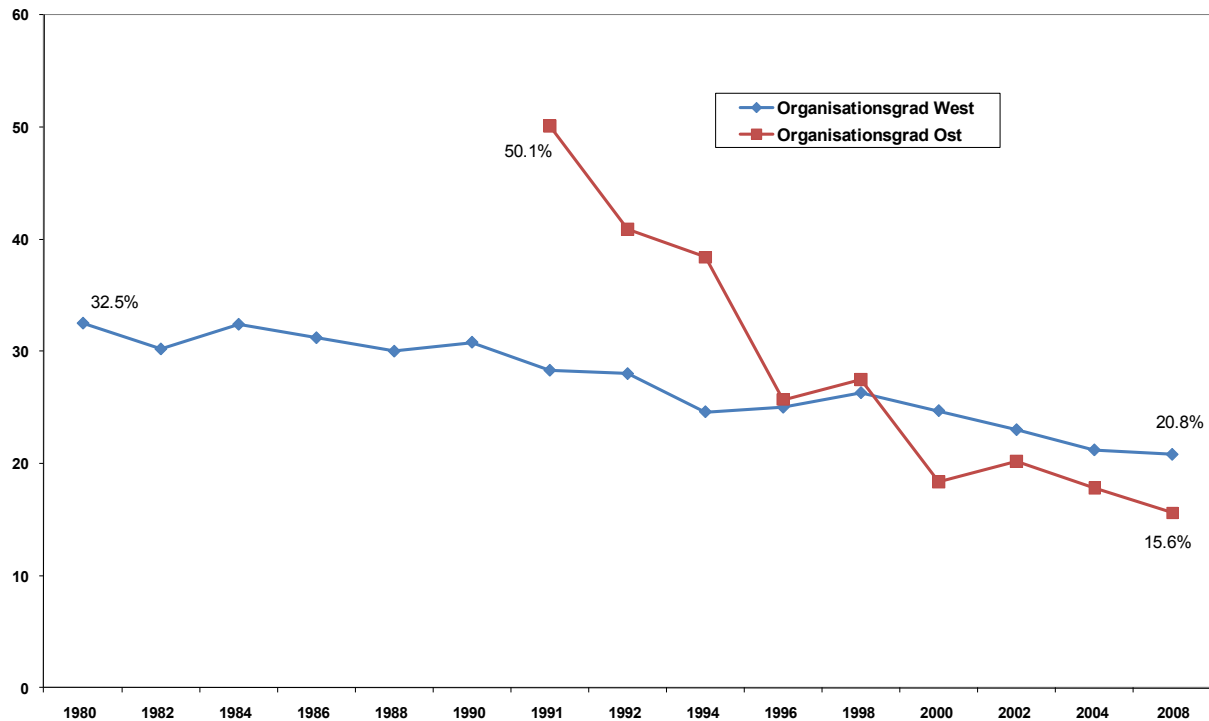


Datenbasis: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011. Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 18, FU Berlin 2011.

Ein anderes Bild ergibt sich für das tatsächliche politische Engagement. Hier lässt sich zunächst ein langfristiger Mitgliederschwund von Großorganisationen erkennen. Konnten alle im Bundestag vertretenen Parteien 1990 noch 3,65% der wahlberechtigten Bevölkerung rekrutieren, sind es 2009 nur noch 1,97%. Den größten Mitgliederschwund haben dabei SPD und Union zu verzeichnen (Abbildung 5). Es lässt sich somit durchaus von einer Mitgliederflucht aus den Parteien und einer Erosion der beiden großen Volksparteien sprechen (Merkel und Petring 2011).

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad (Biebler und Lesch 2006), der im Westen von 32,5% im Jahr 1980 auf 20,8% im Jahr 2008 zurückgegangen ist (Abbildung 6). In Ostdeutschland ist dieser Rückgang aufgrund der Auflösung der ehemaligen Einheitsgewerkschaft der DDR noch dramatischer und lag 2009 mit 15,6% noch unter dem Organisationsgrad im Westen.

Abbildung 6: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad, in Prozent



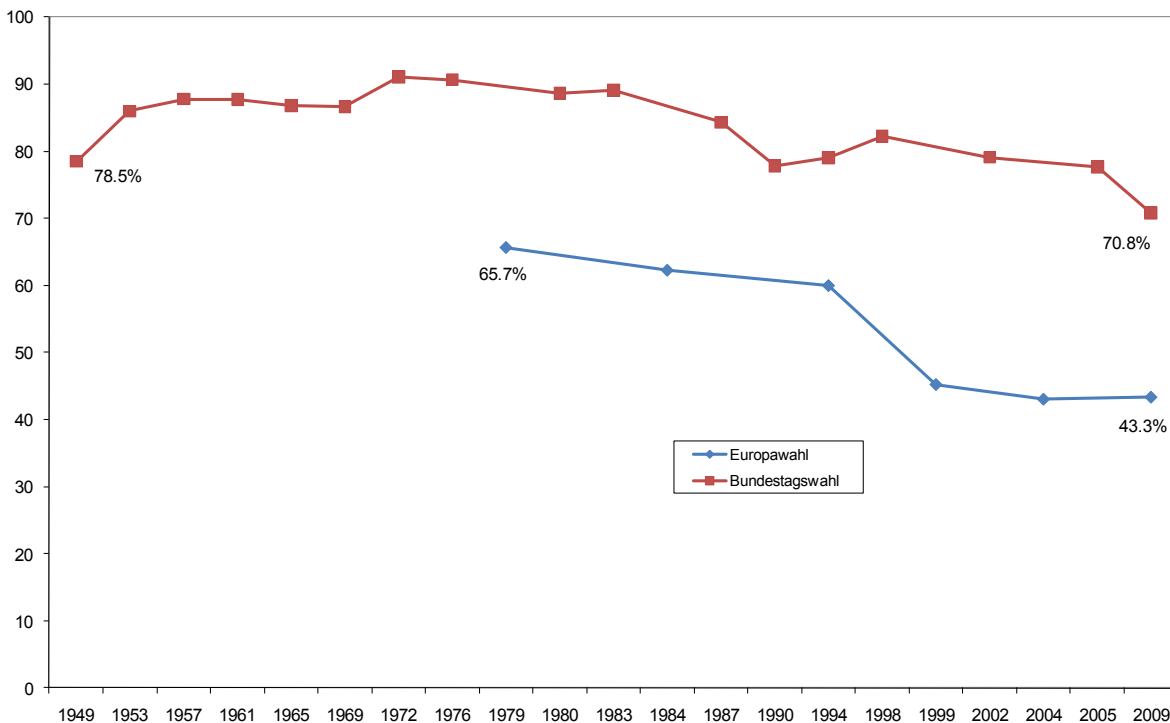
Datenbasis: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 33. Jahrgang, Heft 4/2006; 2008: Gewerkschaftsspiegel 4/2010; Allbus Daten.

Auch wenn der Mitgliederschwund von Parteien und Gewerkschaften durch ein anhaltendes Wachstum von Mitgliedern in Umweltorganisationen und anderen politischen Nichtregierungsorganisationen teilweise aufgefangen wird, wird er vom Umfang her nicht annähernd kompensiert (Dathe et al. 2010; Weßels 2008). Stabiles und langfristiges politisches Engagement in Parteien und Verbänden hat seit den 1980er Jahren stark abgenommen (Brömme und Strasser 2001).

Auch bei der Beteiligung an Wahlen lässt sich ein negativer Trend beobachten (Abbildung 7). Der Anteil der Nichtwähler steigt in Deutschland kontinuierlich. Die Beteiligung an Bundestagswahlen ist von über 90% in den 1970er Jahren auf einen Wert von 70,8% im Jahr 2009 gesunken.¹⁹ Die Beteiligung an Europawahlen ist noch dramatischer gesunken. Beteiligten sich 1979 noch 65,7% der Wahlberechtigten, waren es 2009 nur 43,3%.

¹⁹ In Bezug auf die Wahlbeteiligung auf Bundesebene sprechen einige Demokratieforscher von einer Normalisierung der Wahlbeteiligung, die sich in den letzten Jahrzehnten an das Niveau anderer europäischer Länder angeglichen hat. 2009 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland allerdings unter dem Durchschnitt anderer EU-Länder.

Abbildung 7: Wahlbeteiligung Bundestags- und Europawahlen, in Prozent



Datenbasis: Offizielle Wahlergebnisse des Bundeswahlleiters

Neben der Beteiligung an Wahlen stehen Bürger/-innen eine Reihe von weiteren politischen Partizipationsformen zu Verfügung. Vorhandene Umfragedaten geben über die Beteiligung an unterschiedlichen Partizipationsformen jedoch nur sehr unzureichend Auskunft.²⁰ Aktuelle Daten zeigen zwischen 2002 und 2008 für einige Formen einen leicht zunehmenden Trend, der jedoch starken Schwankungen unterliegt und im Falle der Demonstrationsteilnahme sogar rückläufig ist (Tabelle 2). Es wird deutlich, dass einige Formen politischer Partizipation von einem durchaus beträchtlichen Teil der Bevölkerung genutzt werden. Jeweils ein Drittel der Befragten hat sich z.B. an einer Unterschriftensammlung oder einem Produktboykott beteiligt. Ein Viertel aller Befragten ist in einer politischen Organisation aktiv.

Tabelle 2: Politische Partizipationsformen in Deutschland 2002-2008

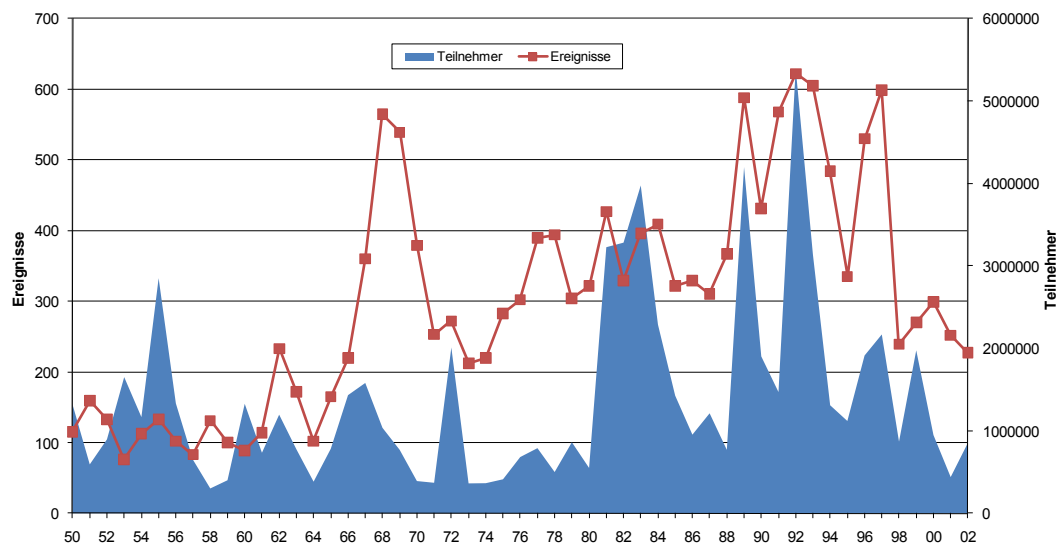
	Politiker kontaktiert	Mitarbeit in Partei	Mitarbeit pol. Organisation	Unterschriften-sammlung	Demonstration	Produktboykott
2002	12,85	3,9	17,81	30,45	10,56	26,07
2004	10,9	3,17	20,53	32,42	8,47	21,91
2006	12,3	3,81	20,24	27,5	6,99	23,35
2008	16,83	3,81	25,86	30,82	8,13	31,06

Datenbasis: European Social Survey 2002-2008 (gewichtet)

²⁰ Langfristige Datenreihen liegen für Deutschland nicht vor oder sind aufgrund von Problemen beim Datenvergleich nicht verwendbar. Auch die ALLBUS-Umfragen beinhalten keine längere Datenreihe zu unterschiedlichen Partizipationsformen.

Aussagen zu langfristigen Trends lassen sich auf der vorhandenen Datenbasis jedoch kaum treffen. Erkenntnisse können in diesem Fall Daten auf der Grundlage einer Protestereignisanalyse liefern (Rucht et al. 1999), wie sie für Deutschland der Prodat-Datensatz liefert.²¹ Auf der Grundlage der Berichterstattung zweier überregionaler Tageszeitungen (Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung) lassen sich Tendaussagen über das Protestengagement in Deutschland zwischen 1950 und 2002 machen (Rucht 2001). Abgebildet wird hierbei keinesfalls das vollständige Protestgeschehen, was empirisch weitaus höher liegt, sondern lediglich diejenigen Ereignisse, die es in die Berichterstattung der beiden Zeitungen geschafft haben. Von Interesse ist daher auch weniger die absolute Größe des Protestgeschehens, sondern vielmehr die relative Entwicklung im Zeitverlauf. Hierbei lässt sich seit den 1950er Jahren ein Anstieg erkennen, der in den letzten Erhebungsjahren leicht abgeflacht ist (Abbildung 8). Neuere Daten, auf der Grundlage einer Auswertung der „tageszeitung“ (taz) bestätigen einen abnehmenden Trend seit Mitte der 1990er Jahre. Langfristig lässt sich jedoch durchaus eine Zunahme des Protestengagements beobachten, wobei dieser Trend starken Schwankungen unterliegt, die sich insbesondere in der Teilnehmerzahl niederschlagen. In diesem Zusammenhang wird häufig von Protestwellen gesprochen, die sich entlang bestimmter Politikereignisse oder Themen entwickeln. Beispiele hierfür lassen sich in Abbildung 8 etwa in den 1960er und 1980er Jahren erkennen, in denen die Studentenbewegung bzw. die Friedensbewegung aktiv waren. Das Jahr 1989 war geprägt von Demonstrationen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und 1992 fanden zahlreiche Proteste gegen Ausländerfeindlichkeit statt, die zu den bislang größten Massenmobilisierungen in Deutschland gehören.

Abbildung 8: Entwicklung von Protestereignissen und -teilnehmern in Deutschland 1950-2002

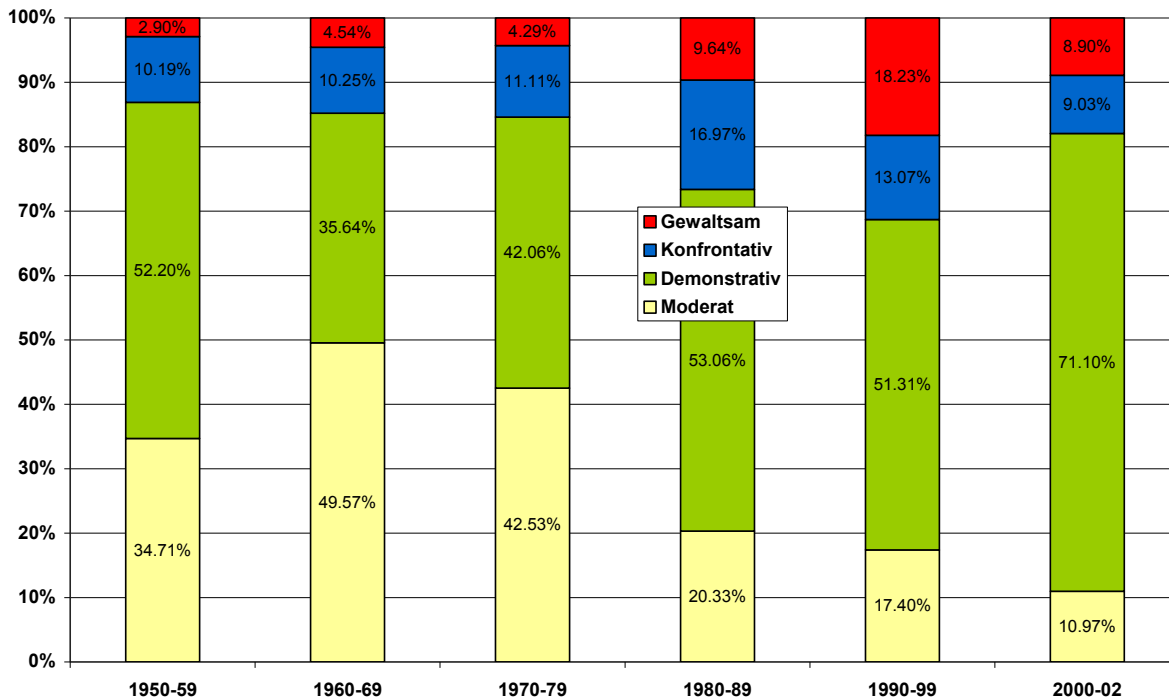


Datenbasis: Rucht, Dieter: Prodat 1950-2002; ab 1989 unter Einschluss der neuen Bundesländer.

²¹ <http://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/prodat-dokument>

Große Unterschiede zeigen sich auch in der Entwicklung der Formen des Protests (Abbildung 9). Konkrete Protestformen lassen sich dabei in vier verschiedene Kategorien einordnen: moderate Formen, wie z.B. das Verteilen eines Flugblattes; demonstrative Formen, wie z.B. eine Versammlung oder eine Demonstration; konfrontative Formen, wie z.B. eine Blockade; sowie gewaltsame Formen, wie z.B. Sachbeschädigungen oder körperliche Gewalt, bis hin zu politischen Tötungsdelikten. Wie in Abbildung 9 zu sehen, sind demonstrative Formen in den letzten drei Jahrzehnten die am häufigsten genutzte Form des Protest. Während moderate Formen in den 1960er und 1970er Jahren noch weitaus verbreiteter waren, haben sie seit den 1980er Jahren abgenommen. Insbesondere in den 1990er Jahren kam es zu einer Zunahme konfliktreicherer Protestformen und einem hohem Anstieg von Gewalt, der jedoch in den 2000er Jahren wieder zurückgegangen ist. Insgesamt lässt sich von einem Wandel von moderaten Protestformen hin zu mehr demonstrativen und zuweilen konfrontativen und gewaltsamen Formen sprechen.

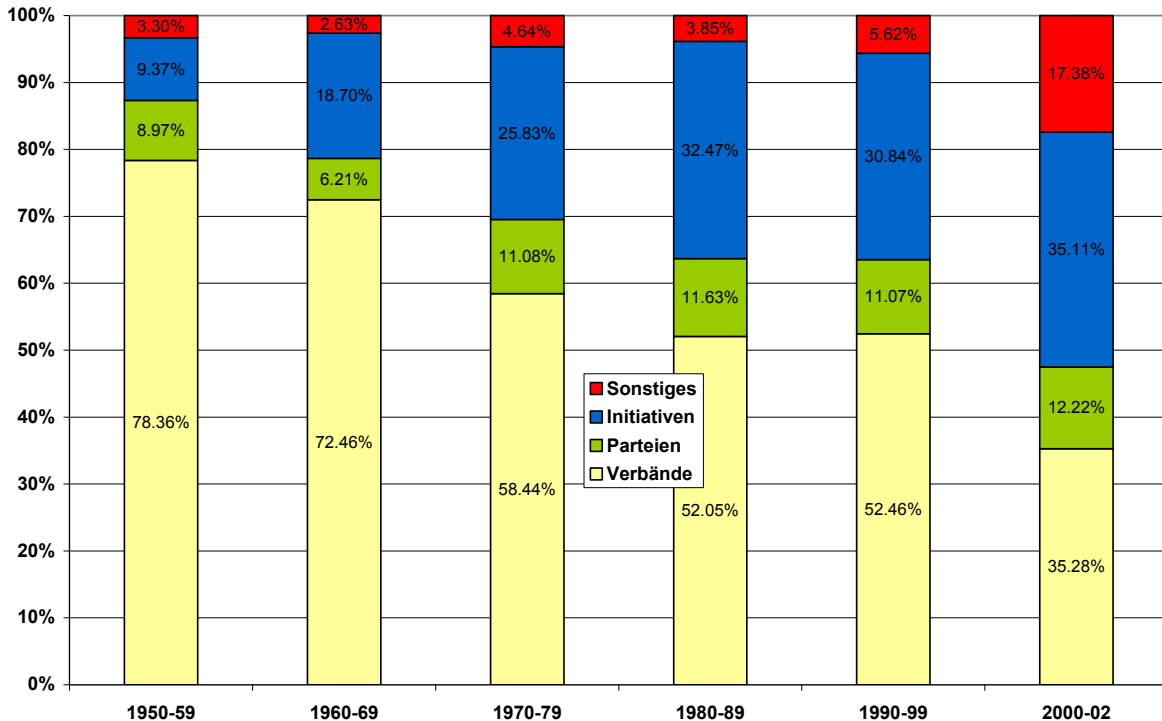
Abbildung 9: Entwicklung von Aktionstypen 1950-2002



Datenbasis: Rucht, Dieter: Prodat 1950-2002; ab 1989 unter Einschluss der neuen Bundesländer.

Ein weiterer Trend wird in der Entwicklung von Protestträgern sichtbar, also in der Zusammensetzung der Akteure, die Protestereignisse organisieren und unterstützen. Hierbei lässt sich eine Zunahme von informellen Initiativen und loseren Netzwerken beobachten, während der Anteil von Verbänden und Großorganisationen gesunken ist (Abbildung 10).

Abbildung 10: Entwicklung von Protestträgern 1950-2002



Datenbasis: Rucht, Dieter: Prodat 1950-2002; ab 1989 unter Einschluss der neuen Bundesländer.

Insgesamt bestätigen die vorliegenden Daten das Bild einer Gesellschaft, in der politische Partizipation weniger in etablierten Parteien und Großorganisationen stattfindet, sondern sich hin zu loserer Initiativen und individuellen Aktivitäten verlagert. Gleichzeitig lässt sich ein Wandel des Aktionsrepertoires feststellen, dass seit den späten 1960er Jahren nicht nur vielfältiger, sondern auch konfliktträchtiger geworden ist.

3. Soziale Ungleichheit und Politische Partizipation

„Vieles spricht für eine zunehmende soziale Stratifikation der Gesellschaft, auch der Bürgergesellschaft.“ Während auf der einen Seite die modernen Bürger Netzwerke knüpfen und ihre Interessen über zivilgesellschaftliche Arbeit potentiell in den staatlichen Entscheidungsprozess einbringen können, verabschieden sich die gesellschaftlich Benachteiligten samt ihrer ganz anders gelagerten Bedürfnisse aus der öffentlichen Wahrnehmung.“
– Johanna Klatt et al., 2011

Seit den siebziger Jahren hat die soziale Ungleichheit in Deutschland und Westeuropa zugenommen. Aktuelle Zahlen des DIW belegen für die jüngste Zeit sogar eine Verschärfung dieses Trends. Hinsichtlich der Einkommensverteilung ist eine wachsende Differenz der niedrigen und höchsten Einkommen festzustellen bei gleichzeitigem Schrumpfen der Mittelschicht (Grabka und Frick 2008). Das Vermögen ist in Deutschland noch weitaus ungleicher verteilt als das Einkommen: 1 % der Bevölkerung besitzt etwa ein Viertel des gesamten Vermögens in Deutschland und damit mehr als die unteren 80 % zusammengenommen (Grabka und Frick 2007). Die Chancen, diesen Trend durch das bestehende Bildungssystem umzukehren, sind ebenfalls nicht besonders vielversprechend: Laut OECD haben Kinder von besser gestellten Familien in Deutschland eine mehr als doppelt so große Studienchance wie Kinder aus „bildungsfernen“ Familien, womit Deutschland im OECD-Vergleich am unteren Ende der Skala rangiert.

Was es heißt, im Jahr 2010 zum unteren Drittel der Gesellschaft zu gehören, wird in seinem ganzen Ausmaß erst deutlich, wenn die sozialstrukturellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte in den Blick genommen werden (Crouch 2008; Walter 2011; Dalton 2008).

In den frühen 1970er Jahren übertraf die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor zum ersten Mal die des sekundären Sektors. Im Zuge dieser weitreichenden Transformation, deren Folgen bis heute anhalten, verschwand das klassische linke Arbeitermilieu von der Bildfläche und machte Platz für eine soziale Gruppe, die heute als „Prekariat“ oder „neue Unterschicht“ bezeichnet wird. „Der ‚Malocher‘ mit starken Muskeln und hohem Klassenbewusstsein, mit gewerkschaftlichem Engagement und gut geschulter sozialistischer Gesinnung trat ab“ (Walter 2011). Während einige wenige Arbeiterfamilien von der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre profitieren konnten, war für die vielen Verlierer der soziale Abstieg vorprogrammiert. Die für den tertiären Sektor unzureichend qualifizierten Arbeiter wurden zu „Überflüssigen“, die in der postindustriellen Gesellschaft selten gut bezahlte Arbeitsplätze finden konnten (Wilson 1996; Bude und Willisch 2008). „Das Signum dieser neuen Unterschichtigkeit war die Perpetuierung der randständigen Existenz, gewissermaßen die intergenerationelle Vererbung von sozialem Ausschluss und gesellschaftlicher Aussichtslosigkeit“ (Walter 2011).

Im Kontext von Zivilgesellschaft und politischer Partizipation gewinnt der Transformationsprozess des klassischen Arbeitermilieus eine besondere Bedeutung. Auch wenn die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Milieu schon immer mit unterschiedlichen Chancen und Möglichkeiten verbunden war, unterscheidet sich das Arbeitermilieu der frühen Bundesrepublik vom heutigen Prekariat erheblich. Mit dem

Wegbrechen des sekundären Beschäftigungssektors und dem Ende der Vollbeschäftigung entstand eine soziale Klasse ohne politisches Selbstbewusstsein und ohne Organisationsstruktur. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg ersetzte den Glauben an gesellschaftlichen Aufstieg und soziale Teilhabe. Hinzu kamen die neuen Anforderungen der „Wissensgesellschaft“, die den ohnehin marginalisierten sozialen Schichten ein zusätzliches Gefühl von Abgehängtheit vermittelten. Während das traditionelle Arbeitermilieu solidarische Organisationsformen entwickelt hatte, die für Ausbau und Pflege sozialer und politischer Netzwerke von großer Bedeutung waren, sind die „neuen Unterschichten“ von Vereinzelung und Hoffnungslosigkeit geprägt, die sich mehr denn je in politischer Resignation niederschlagen. Wer gegenwärtig zum unteren Fünftel der Einkommensbezieher zählt und lediglich über einen Hauptschulabschluss verfügt, dessen Chancen auf sozialen Aufstieg stehen schlecht und werden in den meisten Fällen an die eigenen Kinder weitervererbt.

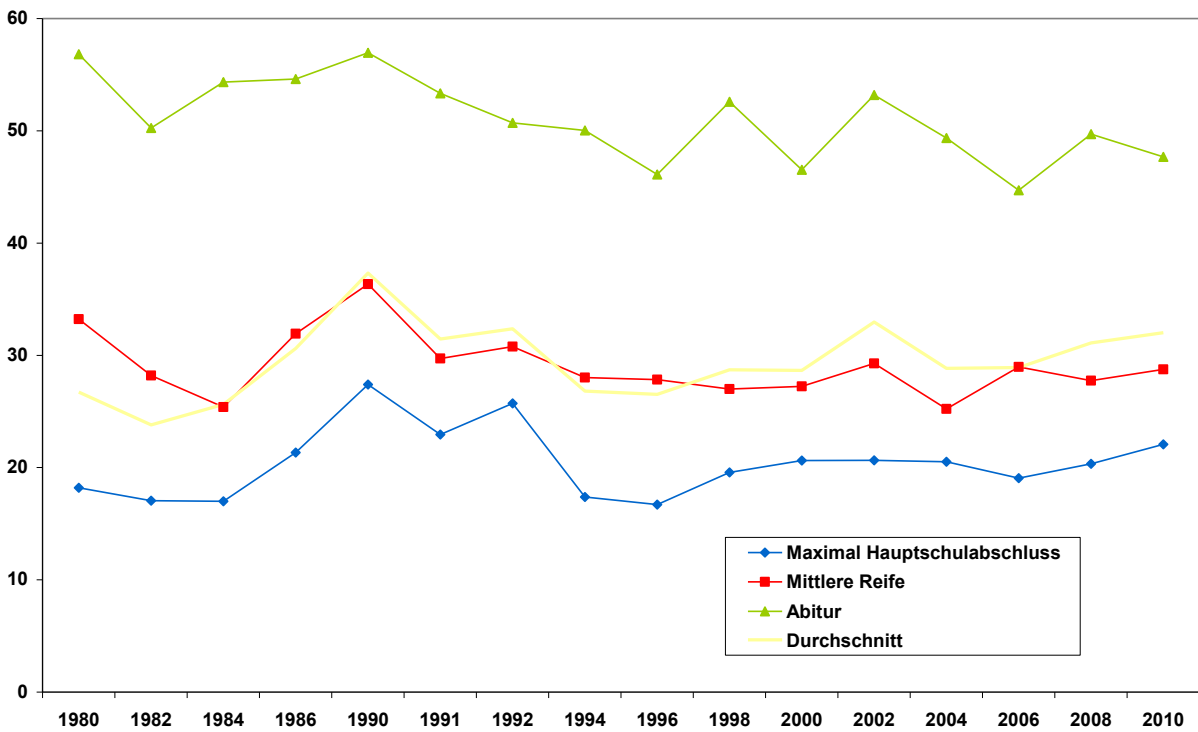
Wenn über die Auswirkungen von Einkommen und Bildung auf politische Partizipation gesprochen wird, stehen beide Faktoren als Indikatoren für die Lebenswirklichkeit der in vielfacher Hinsicht abgehängten und marginalisierten Teile der Gesellschaft.

3.1 Soziale Ungleichheit und handlungsbezogene Einstellungen

Als wichtige Vorstufe zum politische Engagement gelten einige handlungsbezogene politische Einstellungen, von denen das politische Interesse sowie die eigene politische Wirksamkeitsüberzeugung von besonderer Bedeutung sind (van Deth 1990). Nicht vorhandenes politisches Interesse und eine unterdurchschnittliche Wirksamkeitsüberzeugung reduzieren die politische Partizipationsbereitschaft (Milbrath und Goel 1977; Barnes und Kaase 1979; Hadjar und Becker 2007). Insofern ist es wichtig zu analysieren, inwieweit beide Faktoren von Einkommen und Bildungsgrad abhängig sind.

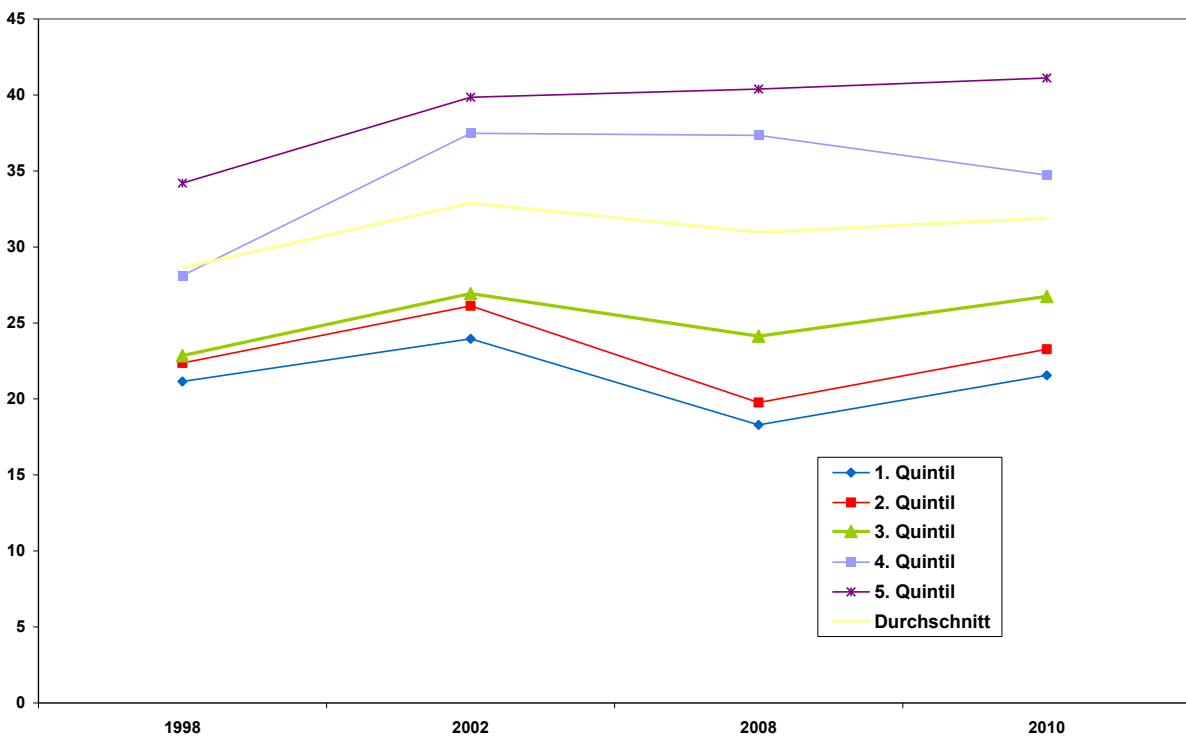
Zunächst zeigt sich hierbei eine hohe Abhängigkeit des politischen Interesses vom jeweiligen Bildungsgrad sowie vom verfügbaren Einkommen. Abbildungen 11 und 12 zeigen den Anteil von „stark“ und „sehr stark“ politisch Interessierten der jeweiligen Gruppe. Personen mit (Fach-) Abitur zeigen dabei ein überproportional hohes Interesse an Politik, während Hauptschulabsolventen und Individuen ohne Abschluss unter dem Durchschnittswert liegen (Abbildung 11). Personen mit Mittlerer Reife entsprechen ziemlich genau dem Durchschnitt der Bevölkerung. Insbesondere der Unterschied zwischen Hauptschulabsolventen und Abiturienten ist mit 25,6% eklatant.

Abbildung 11: Bildung und Politisches Interesse 1980-2010



Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Abbildung 12: Einkommen und Politisches Interesse 1998-2010



Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Verhältnis von politischem Interesse und Einkommen (Abbildung 12). Während das untere Einkommensquintil 2010 lediglich mit 21,6% „stark“ und „sehr stark“ Interessierten vertreten ist, sind es beim obersten Fünftel 41,1%, also fast doppelt so viele. Das politische Interesse ist somit in hohem Maße abhängig von Einkommen und Bildungsgrad.

Betrachten wir nun unterschiedliche Indikatoren für die politische Wirksamkeitsüberzeugung in Abhängigkeit zum erreichten Schulabschluss. In Tabelle 3 sind die verschiedenen Aussagen mit ihrer prozentualen Zustimmung nach dem jeweiligen Bildungsgrad sowie dem Gesamtdurchschnitt aller Befragten aufgelistet.

Tabelle 3: Politische Wirksamkeitsüberzeugung nach Bildungsabschlüssen, in Prozent

	Hauptschule/ kein Abschluss	Mittlere Reife	Abitu r	Durchschnitt
Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken	81,27	79,87	66,75	76,57
Kann in einer pol. Gruppe aktive Rolle spielen	18,26	31,93	50,15	31,66
Politik ist zu komplex für mich	58,18	40,66	20,93	42,07
Politiker vertreten Interessen der Bevölkerung	39,66	38,89	49,78	42,43
Weiß wenig über Politik	50,06	36,15	20,63	37,34
Habe keinen Einfluss auf Regierung	76,70	62,29	46,10	65,93

Datenbasis: Allbus 2008, (gewichtet); „Habe keinen Einfluss auf Regierung“: Allbus 1998 (gewichtet)

Auch hier lässt sich ein Unterschied zwischen Hauptschulabsolventen inklusive Individuen ohne Schulabschluss im Vergleich zu Abiturienten erkennen. Die Bewertung der internen Wirksamkeitsüberzeugung, also das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, ist bei Abiturienten höher im Vergleich zu Personen, die maximal einen Hauptschulabschluss erreicht haben. Befragte mit geringerem Bildungsgrad empfinden Politik als zu komplex, verfügen über geringe Kenntnisse politischer Sachverhalte und trauen sich selber seltener zu, eine aktive Rolle in einer politischen Gruppe zu übernehmen. Auch die Bewertung der externen Wirksamkeitsüberzeugung, also die Einschätzung der möglichen Einflussnahme auf Politik, hängt im hohen Maße vom Schulabschluss ab. Menschen mit geringerem Bildungsniveau sind häufiger der Meinung, dass Politiker sich nicht um ihre Belange kümmern, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung haben und dass Politiker die Interessen der Bevölkerung nicht wirklich vertreten.

Das gleiche Bild ergibt sich im Hinblick auf Einkommensunterschiede. Personen mit geringerem Einkommen schätzen ihre interne und externe politische Wirksamkeit weitaus geringer ein, als diejenigen mit hohem Einkommen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Politische Wirksamkeitsüberzeugung nach Einkommen, in Prozent

	1. Quintil	3. Quintil	5. Quintil	Durchschnitt
Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken	79,63	77,07	72,75	76,31
Kann in einer pol. Gruppe aktive Rolle spielen	22,56	25,22	40,96	31,66
Politik ist zu komplex für mich	56,68	45,45	30,78	42,09

Politiker vertreten Interessen d. Bevölkerung	36,66	39,68	47,57	42,68
Weiß wenig über Politik	54,07	40,67	28,16	37,54
Habe keinen Einfluss auf Regierung	73,95	73,52	59,82	65,65

Datenbasis: Allbus 2008 (gewichtet); „Habe keinen Einfluss auf Regierung“: Allbus 1998 (gewichtet)

Der Unterschied zwischen dem 1. und dem 5. Quintil ist jedoch geringer als der Unterschied zwischen den verschiedenen Bildungsabschlüssen. Bei einigen Indikatoren sind ärmere Bevölkerungsgruppen nur unwesentlich unterrepräsentiert. Bildung scheint der entscheidende Faktor für Unterschiede bei der politischen Wirksamkeitsüberzeugung zu sein.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass soziale Ungleichheiten bereits bei den handlungsbezogenen politischen Einstellungen eine große Rolle spielen. Sowohl die Wahrscheinlichkeit sich in hohem Maße für Politik zu interessieren als auch die Überzeugung der eigenen Wirksamkeit im politischen Prozess sind maßgeblich von Bildung und Einkommen bestimmt. Da die Wahrscheinlichkeit für politisches Engagement eng mit beiden handlungsbezogenen Dimensionen in Verbindung steht, wird bereits an dieser Stelle die Wirkung sozialer Ungleichheit sichtbar.

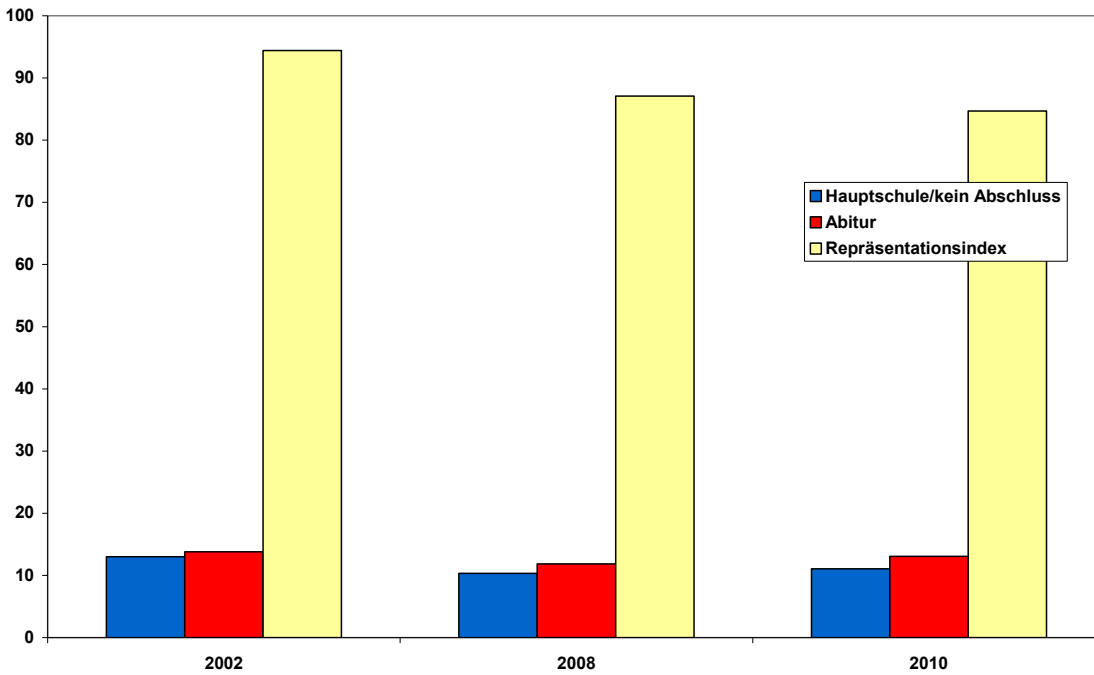
3.2 Soziale Ungleichheit und Mitgliedschaften

Ein Blick auf das tatsächliche politische Engagement lässt die Beziehung von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation noch deutlicher zu Tage treten. Ein wichtiger Teil des politischen Engagements findet hierbei noch immer in Gewerkschaften, Parteien und anderen politischen Großorganisationen statt. Die Mitgliedschaft in einer dieser Organisationen ist daher ein wichtiger Indikator für sonstige politische Partizipation.

Betrachten wir zunächst den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Abbildung 13 zeigt die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in Abhängigkeit vom Schulabschluss. Die beiden kleineren Säulen zeigen den prozentualen Anteil der Menschen, die maximal einen Hauptschulabschluss besitzen (Personen ohne Abschluss eingeschlossen) und derer, die über ein Fach-Abitur oder ein Abitur verfügen. Die hohe Säule zeigt den Repräsentationsindex, der das Verhältnis der beiden Gruppen zueinander widerspiegelt. Je geringer der Wert des Repräsentationsindex, desto größer ist die Bildungsungleichheit in Hinblick auf Gewerkschaftsmitgliedschaft. Ein Repräsentationsindex von 100% zeigt eine vollständige Gleichverteilung an. In Hinblick auf Bildungsunterschiede lässt sich feststellen, dass Menschen mit Hauptschulabschlüssen nur geringfügig unterrepräsentiert sind. 2010 waren 13,1% der Befragten mit (Fach-)Abitur Mitglied einer Gewerkschaft und immerhin 11,1% der Befragten mit Hauptschulabschluss. Dies entspricht einem Repräsentationsindex von 84,7%.

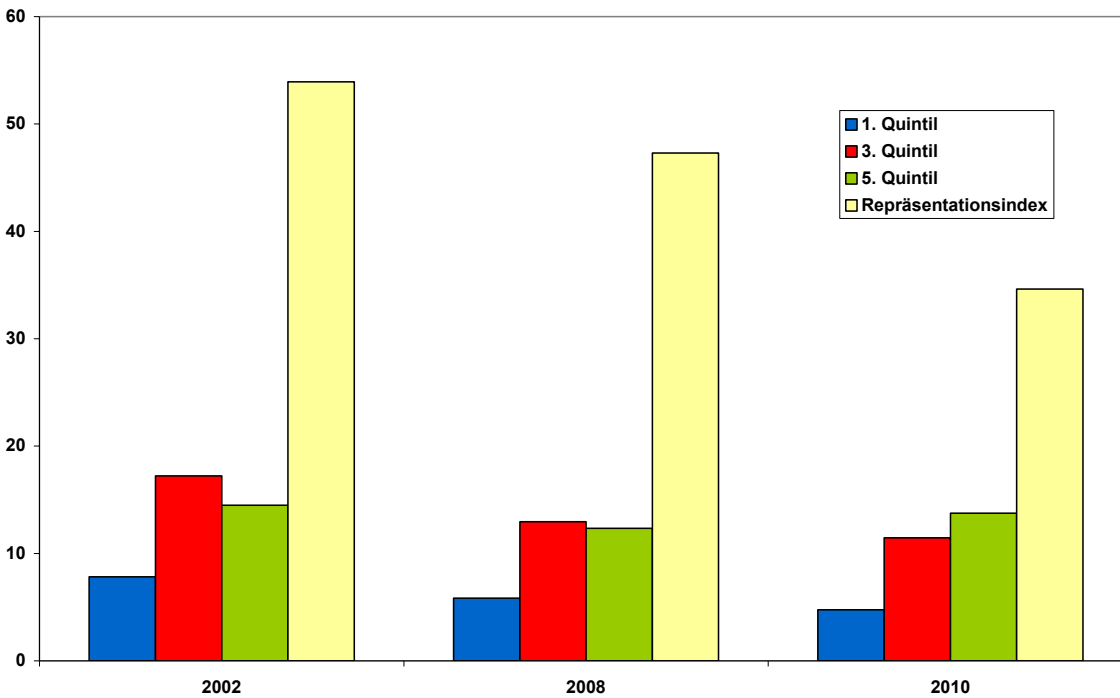
Abbildung 14 zeigt den prozentualen Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern nach Einkommensklassen. Hier lässt sich ein deutlicher Unterschied zwischen dem oberen und dem unteren Fünftel feststellen, der zwischen 2002 und 2010 zudem zugenommen hat. Während 2010 13,8% der Befragten im oberen Einkommensfünftel gewerkschaftlich organisiert waren, sind es im unteren Fünftel gerade einmal 4,8%, was einem Repräsentationsindex von lediglich 34,6% entspricht.

Abbildung 13: Bildung und Gewerkschaftsmitgliedschaft, in Prozent



Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Abbildung 14: Einkommen und Gewerkschaftsmitgliedschaft, in Prozent



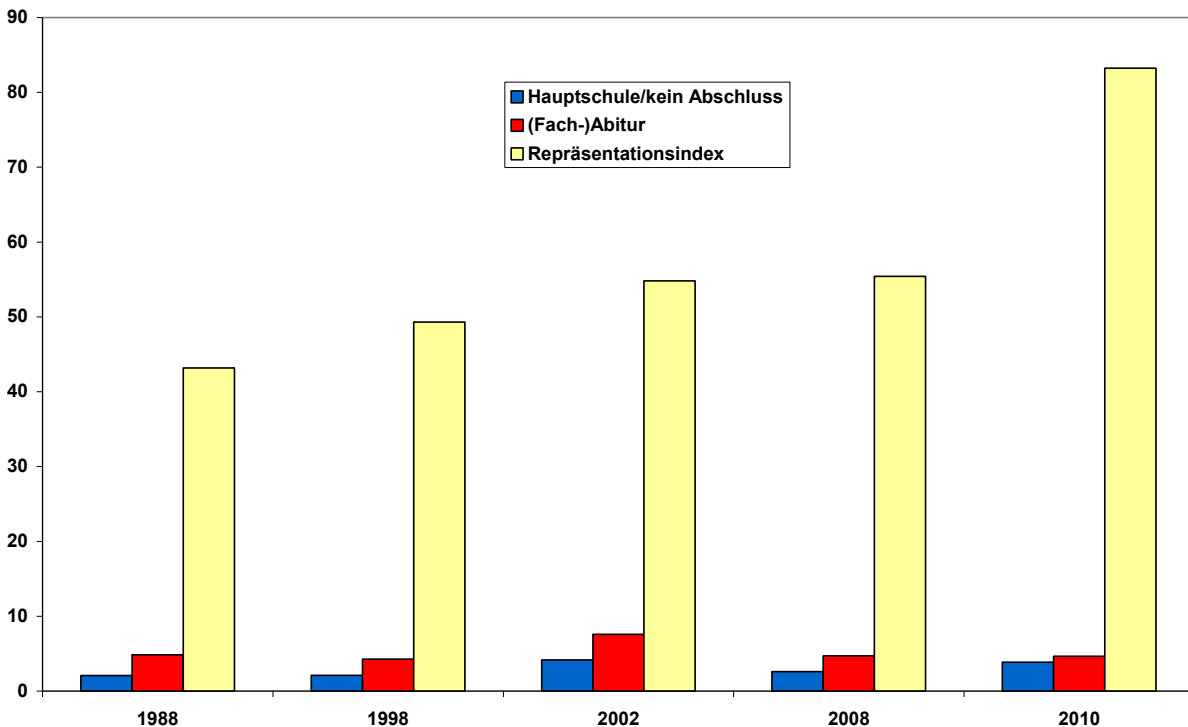
Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Diese Ergebnisse sind nicht völlig überraschend, sind Gewerkschaften doch in erster Linie die klassischen Vertreter von Arbeitnehmerinteressen. Menschen mit hohem Bildungsgrad und hohem Einkommen profitieren in geringerem Maße von

gewerkschaftlicher Vertretung, als die unteren und mittleren Einkommensklassen. Das traditionelle Milieu der Gewerkschaften setzt sich aus Fach- und Fabrikarbeitern zusammen, die in der Regel über keine Hochschulreife, aber über ein relativ hohes Einkommen verfügen. Dennoch lassen sich auch hier die langfristigen Folgen des soziokulturellen Wandels erkennen, der in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat. Auch im gewerkschaftlichen Milieu führt dies zu einer Unterrepräsentation von sozial Benachteiligten, die sich in den letzten Jahren weiter verschärft hat.

Parteien sind wohl noch immer die wichtigste politische Organisationsform, wenn es um die zielgerichtete Transformation von unterschiedlichen Interessenlagen in politische Programme geht. Die direkte Beteiligung an diesem Prozess steht dabei in vollem Maße nur denjenigen offen, die Mitglied einer Partei sind. Die Parteimitgliedschaft kann somit zu einem der politisch einflussreichsten Formen des politischen Engagements werden und ist im Gegensatz zu punktueller Partizipation im erhöhten Maße zeitaufwändig. Auch hier ergeben sich signifikante Unterschiede in Hinblick auf Bildung und Einkommen.

Abbildung 15: Bildung und Parteimitgliedschaft, in Prozent

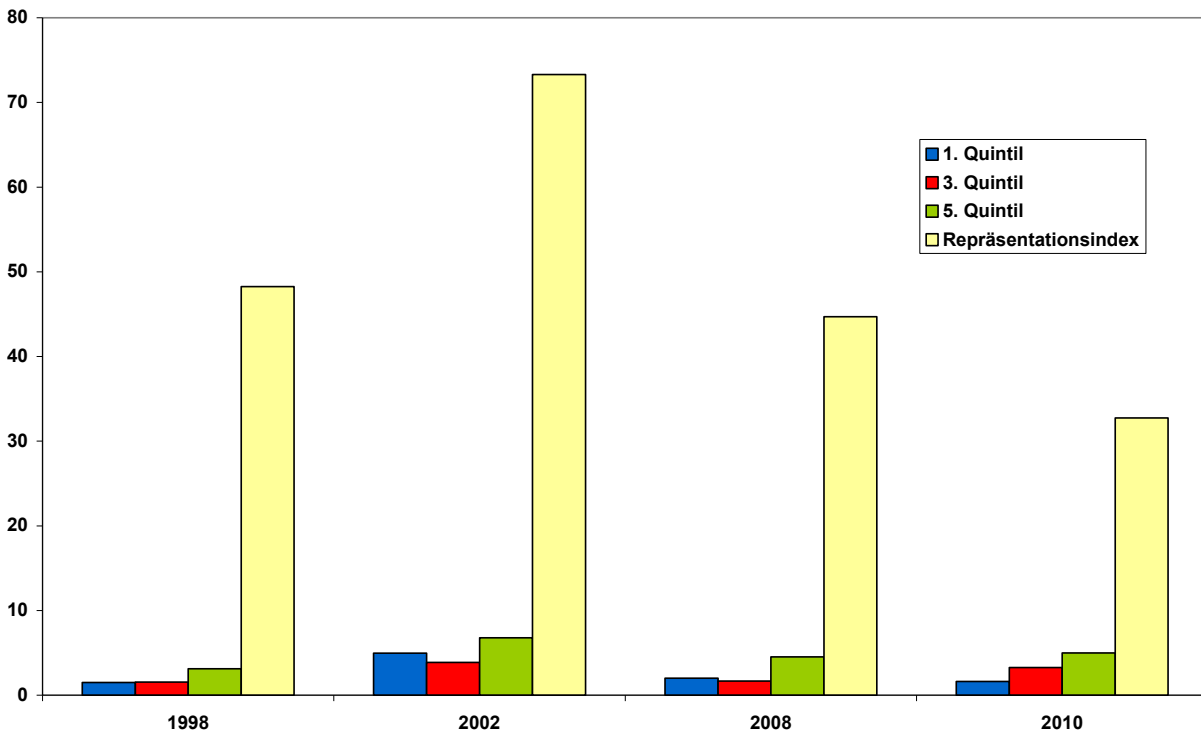


Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Wie Abbildung 15 zeigt, sind Menschen mit höherem Bildungsgrad überproportional in Parteien vertreten. 2008 waren 4,7% der Befragten mit (Fach-)Abitur Mitglied einer Partei, während diejenigen mit Hauptschullabschluss oder ohne Abschluss mit nur 2,6% vertreten waren. 2008 lag der Repräsentationsindex damit lediglich bei 55,4%, wobei dieser 2010 auf 83,2% angestiegen ist. Ein solcher Anstieg ist nur schwer zu erklären, so dass dieser Wert auch mit Problemen der Datenerhebung zusammenhängen könnte.

Anders verhält es sich da im Verhältnis von Parteimitgliedschaft und Einkommen. Hier lassen sich große Unterschiede bei den verschiedenen Einkommensgruppen erkennen. 2010 waren etwa dreimal so viele Befragte aus der höchsten Einkommensgruppe Mitglied einer Partei (5%), wie Befragte in der niedrigsten Einkommensgruppe (1,6%). Der Repräsentationsindex liegt bei gerade einmal 32,7% und hat im langfristigen Trend abgenommen.

Abbildung 16: Einkommen und Parteimitgliedschaft, in Prozent



Datenbasis: Allbus (gewichtet)

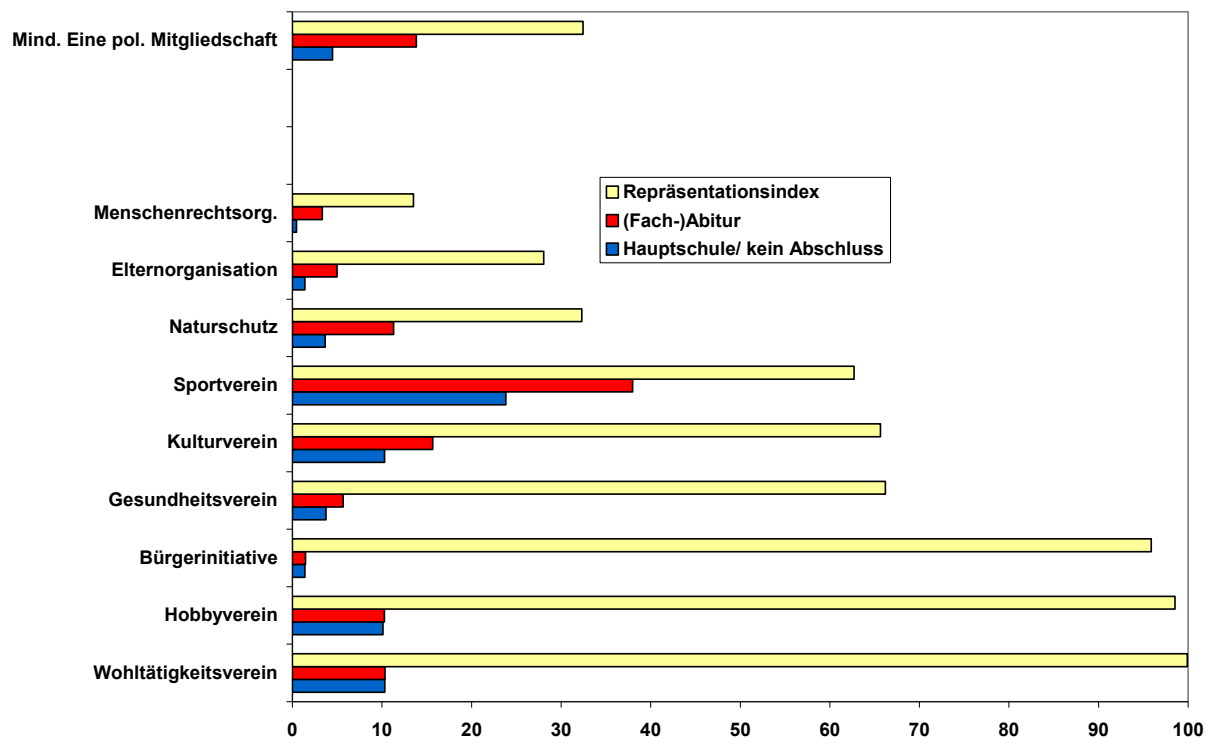
Bei der Parteimitgliedschaft gibt es somit eine enorme soziale Selektivität, insbesondere in Hinblick auf Einkommensunterschiede (siehe auch: Heinrich et al. 2002; Biehl 2007). Dabei spiegeln die hier dargestellten Daten lediglich die Ebene der formellen Mitgliedschaft wider. Auf der Leitungsebene der Parteien sind die sozialen Unterschiede noch weitaus gravierender. Wie der Soziologe Michael Hartmann feststellte, erfolgt die Rekrutierung politischer Eliten in zunehmenden Maße aus höheren sozialen Schichten (Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2006, S. 109; Hartmann 2002). In der aktuellen 17. Legislaturperiode verfügen über 80% der Abgeordneten über einen höheren Schulabschluss und 69% haben einen Universitätsabschluss.²² Nicht-Akademiker sind in den Führungspositionen von Parteien kaum noch zu finden.

Neben den klassischen Großorganisationen der Parteien und Gewerkschaften gibt es eine Reihe weiterer politischer und gesellschaftlicher Organisationen mit formellen Mitgliedschaften. Das Engagement in den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Vereinen

²² http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/Schulbildung.html

und Initiativen wird dabei meist als Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft interpretiert. Wie sieht also die soziale Selektivität in diesem Bereich aus? Abbildung 17 zeigt Unterschiede je nach Organisationstyp. Während die Bildungsunterschiede bei der Mitgliedschaft in Wohltätigkeitsvereinen, Hobbyvereinen und Bürgerinitiativen sehr gering sind, lassen sich bei anderen Organisationstypen größere Unterschiede erkennen. Insbesondere in Hinblick auf die Kategorie der politischen Organisationen, zu denen hier Menschenrechtsorganisationen, Naturschutzvereinigungen und Bürgerinitiativen zählen, ergeben sich große soziale Verzerrungen. Unter den Befragten mit (Fach-)Abitur finden sich 13,8%, die in mindestens einer politischen Organisation Mitglied sind. Unter denjenigen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss sind es nur 4,5%, was einem Repräsentationsindex von lediglich 32,4% entspricht.

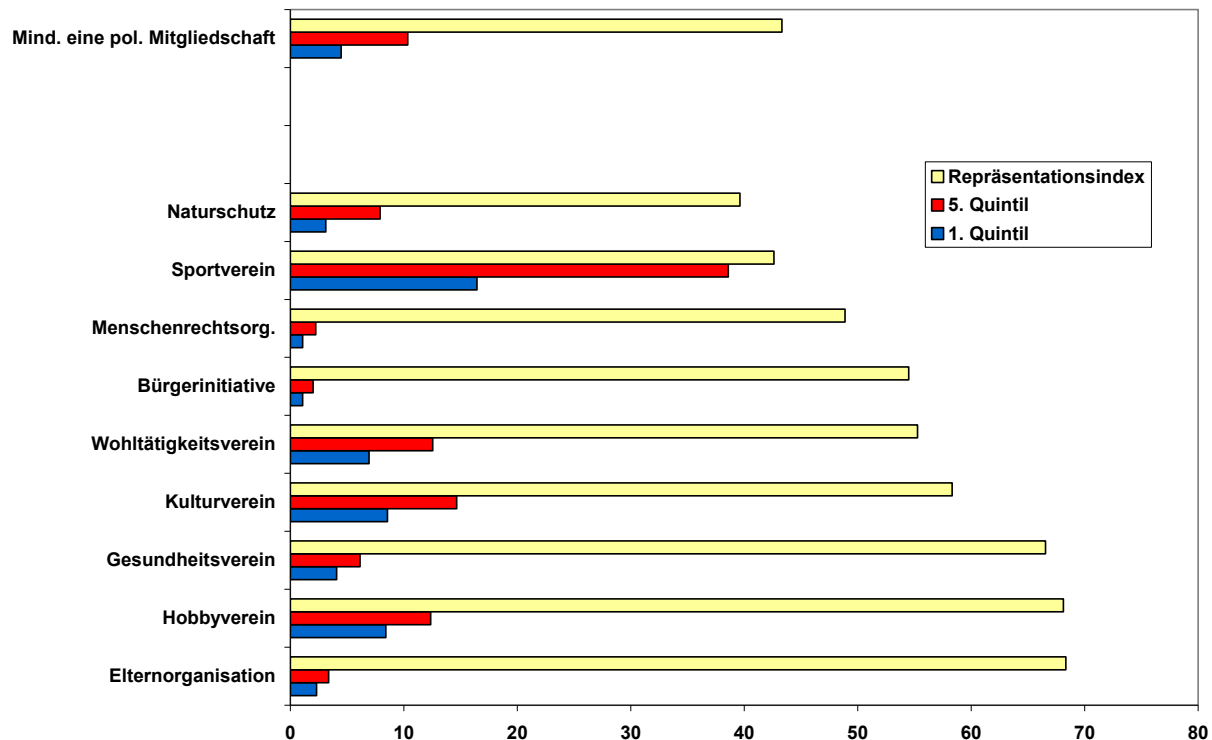
Abbildung 17: Bildung und Mitgliedschaft in unterschiedlichen Organisationen, in Prozent



Datenbasis: Allbus 2010 (gewichtet)

Sozialstrukturelle Unterschiede lassen sich auch bei der Verteilung der Mitgliedschaften nach Einkommensgruppen finden (Abbildung 18). Das obere Fünftel ist auch hier bei allen Organisationstypen überrepräsentiert, während das untere Fünftel einen deutlich geringeren Mitgliedschaftsanteil aufweist. Auch hier ergeben sich für die Mitgliedschaft in politischen Organisationen klare Unterschiede. Im oberen Fünftel sind immerhin 10,3% der Befragten Mitglieder mindestens einer politischen Organisation, während es im unteren Fünftel mit 4,5% gerade einmal die Hälfte sind.

Abbildung 18: Einkommen und Mitgliedschaft in unterschiedlichen Organisationen, in Prozent



Datenbasis: Allbus 2010 (gewichtet)

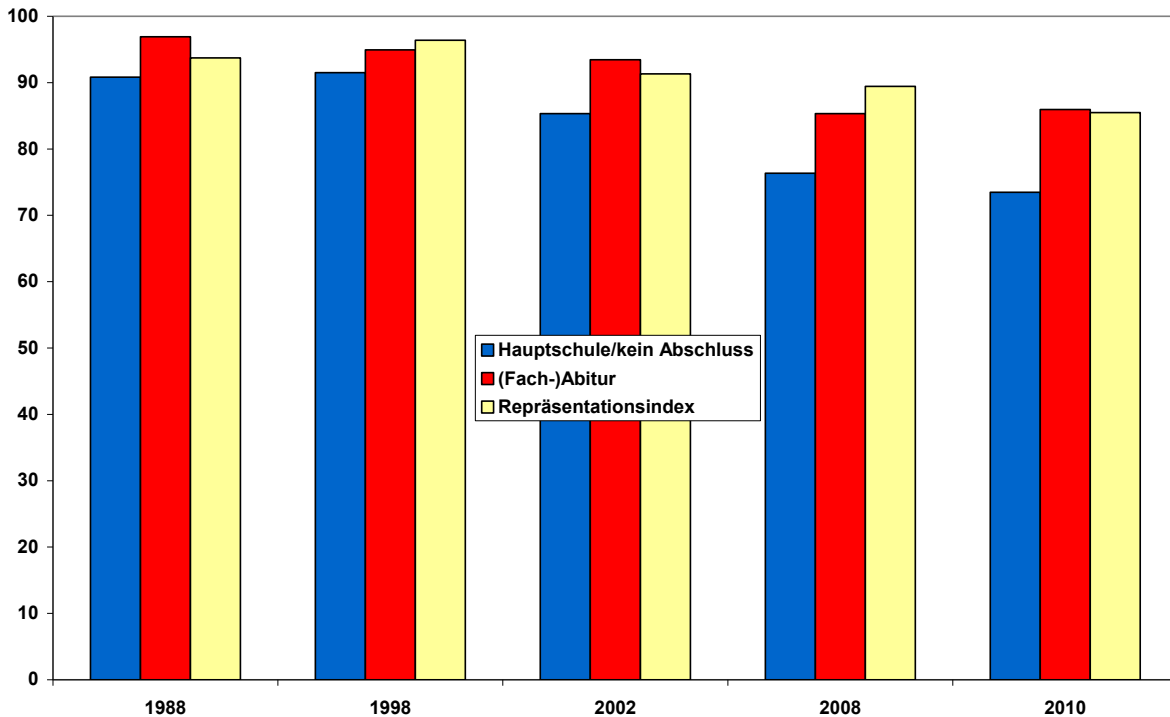
Auch Abseits von Parteien und Gewerkschaften wirkt sich soziale Ungleichheit im großen Maße auf die Mitgliederstruktur aus. Insbesondere die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation ist in hohem Maße vom Bildungsgrad und Einkommen bestimmt. Im Übrigen ist auch hier zu vermuten, dass die soziale Selektivität auf der Ebene der aktiven Mitglieder und der Organisationsleitung noch höher ist.

3.3 Soziale Ungleichheit und Wahlen

Die wohl wichtigste Form der politischen Partizipation für das Funktionieren einer repräsentativen Demokratie ist die Beteiligung an Wahlen. Durch sie wird sichergestellt, dass demokratische Macht legitimiert und Repräsentanten in einem transparenten Prozess ausgewählt werden. Soziale Selektivität in diesem Bereich der politischen Partizipation hat somit weiter reichende Folgen als dies bei nicht-elektoralen Partizipationsformen der Fall ist. Ziel des repräsentativen Systems ist es, die Interessen der Bevölkerung im gleichen Maße zu berücksichtigen. Wenn jedoch ein bestimmter Teil der Bevölkerung, mit seiner ganz spezifisch gelagerten Interessenlage, im Gang zur Wahlurne systematisch unterrepräsentiert ist, hat dies soziale Verzerrungen zur Folge, die sich in Form von politischen Entscheidungen langfristig auf das gesamte politische System auswirken werden (siehe auch 4.1). Das strategische Handeln von politischen Eliten, die um die soziale Verzerrung der Wahlbeteiligung wissen, kann somit insgesamt zu einem System der Interessenvermittlung zu Lasten der sozial Schwachen führen (Schäfer 2008).

Abbildung 19 zeigt zunächst den prozentualen Anteil der Befragten, die an der letzten Bundestagswahl teilgenommen haben, in Abhängigkeit vom Bildungsgrad. Im Gegensatz zu anderen Partizipationsformen hält sich die soziale Selektivität bei der Wahlteilnahme in Grenzen. Dennoch lässt sich in den letzten Jahren ein negativer Trend beobachten. Lag der Repräsentationsindex 1988 noch bei 93,7% und somit nahe an einer Gleichverteilung, ist er 2010 bereits auf 85,5% gesunken.

Abbildung 19: Bildung und Wahlteilnahme, in Prozent



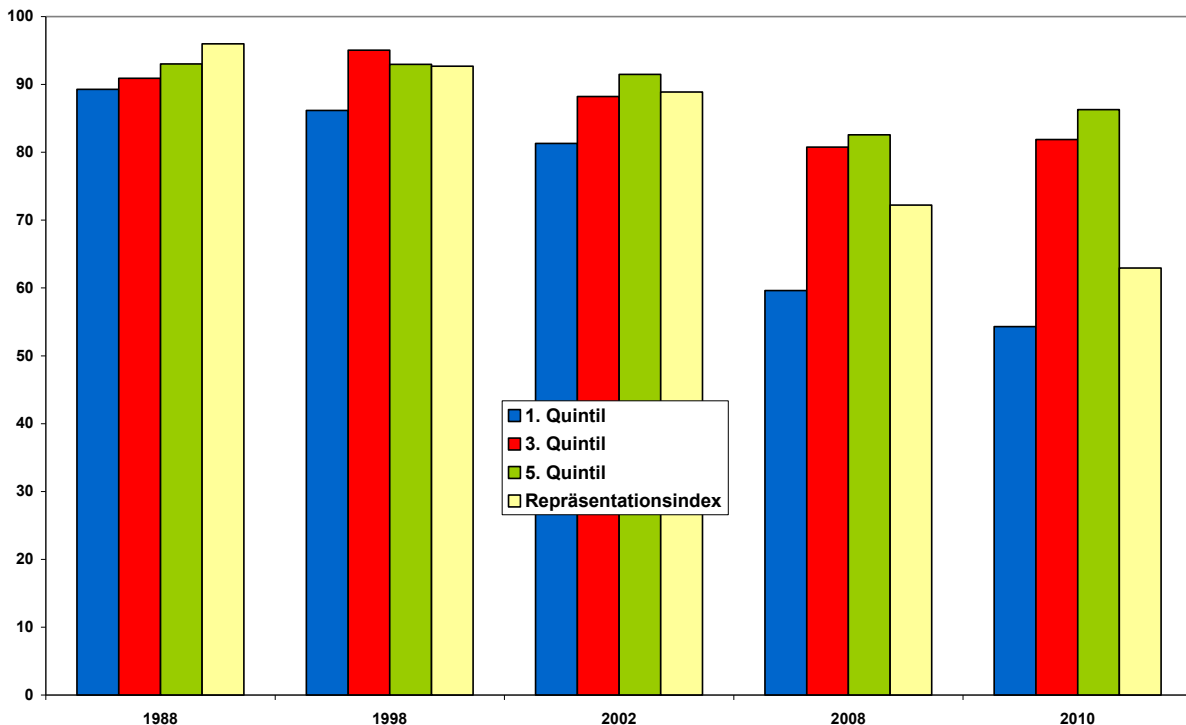
Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Die soziale Schieflage bei der Wahlteilnahme im Hinblick auf Einkommensungleichheiten hat sich in diesem Zeitraum noch dramatischer entwickelt, wie Abbildung 20 zeigt. Während der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe 1988 gerade einmal 2,9% betrug, lag dieser 2010 bei 32%. Der Repräsentationsindex sank somit von 96% auf 62,9%. Insgesamt lässt sich eine soziale Verzerrung also auch bei der Beteiligung an Wahlen feststellen.

Insbesondere die Unterschiede zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung scheinen in den letzten Jahren zugenommen zu haben. Auch wenn die Auswirkungen der sozialen Verzerrung bei der Wahlteilnahme auf die Bildung von Regierungskoalitionen geringer sein mag als häufig angenommen wird, kann sie unter bestimmten Umständen dennoch von Bedeutung sein. Kohler (2011) zeigt anhand von statistischen Modellen, dass durch die potentielle Stimmabgabe von Nichtwählern insbesondere die Wahlergebnisse der SPD besser ausgefallen wären. 2005 hätte dies mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verlängerung der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder in einer Großen Koalition geführt. 1994 wäre mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine Große Koalition anstelle der schwarz-gelben Koalition an die Macht gekommen. Ohnehin ist der Einfluss auf die Regierungsbildung

nur eine wichtige Auswirkung sozialer Ungleichheit im Bereich der Wahlteilnahme. Die Kommunikation zwischen Wählern und Volksvertretern wird auch zwischen den Wahlterminen zum Nachteil der sozial Schwachen verzerrt. Sinkende Wahlbeteiligung führt insgesamt zu einer Verschärfung der sozialen Schieflage, da insbesondere sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten der Wahl fern bleiben (Kohler 2006; Schäfer 2010).

Abbildung 20: Einkommen und Wahlteilnahme, in Prozent



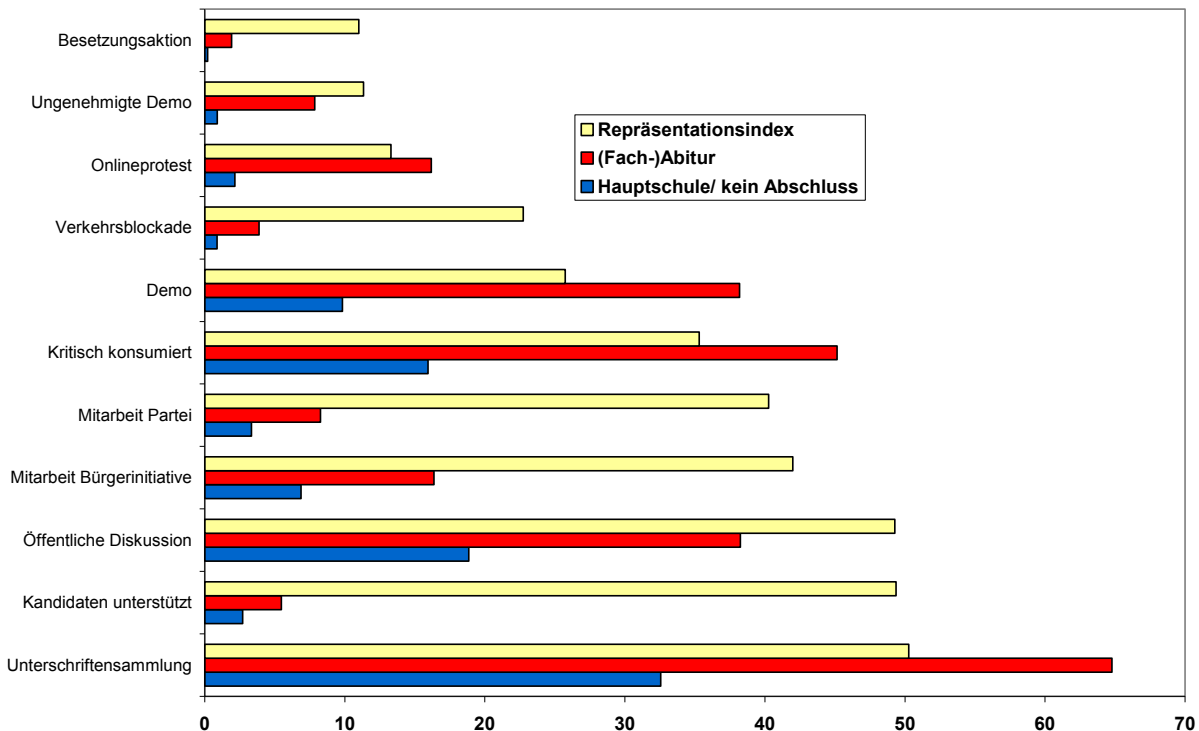
Datenbasis: Allbus (gewichtet)

3.4 Soziale Ungleichheit und weitere Formen politischer Partizipation

Dem Trend sinkender Mitgliedschaften und abnehmender Wahlteilnahme wird häufig mit dem Argument begegnet, dass Bürgerinnen und Bürger weniger institutionalisierte Formen der politischen Partizipation vermehrt nutzen würden und sich politische Partizipation somit lediglich in ihrer Form verändert. Vertreter einer solchen Substitutionsthese argumentieren, dass weniger institutionalisierte Formen der Partizipation der Lebenswirklichkeit vieler Menschen besser gerecht werden und sich politische Partizipation von Wahlen und Mitgliedschaften auf punktuelle und individualisierte Formen, wie z.B. Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen, verlagert (Schäfer 2008). Auch wenn diese Beobachtungen empirisch richtig sind (siehe 2.1), wird die Funktionalität weniger stark institutionalisierter Partizipationsformen im Vergleich zur Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft stark überschätzt. Abgesehen davon, dass die Teilnahme an einer Demonstration keinesfalls die Funktion der Wahlteilnahme ersetzen kann, bleibt die soziale Schieflage weniger stark institutionalisierter Formen politischer Partizipation häufig unberücksichtigt.

Im Vergleich zu Wahlen sind die meisten anderen Partizipationsformen sogar noch stärker sozial verzerrt. Abbildung 21 zeigt die Teilnahme an verschiedenen politischen Partizipationsformen und ihren Zusammenhang mit unterschiedlichen Schulabschlüssen. Alle Partizipationsformen weisen eine äußerst starke soziale Verzerrung im Hinblick auf Bildungsunterschiede auf. Selbst die niedrigschwellige Form der Unterschriftensammlungen ist mit einem Repräsentationsindex von 50,3% weit vom Idealwert entfernt. Einige Partizipationsformen wie z.B. die Teilnahme an Onlineprotesten liegen noch weit unter diesem Wert. Gerade einmal 2,2% der Befragten mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss haben schon einmal an einem Onlineprotest teilgenommen, während dieser Wert für Abiturienten bei 16,2% liegt.

Abbildung 21: Bildung und verschiedene Partizipationsformen, in Prozent

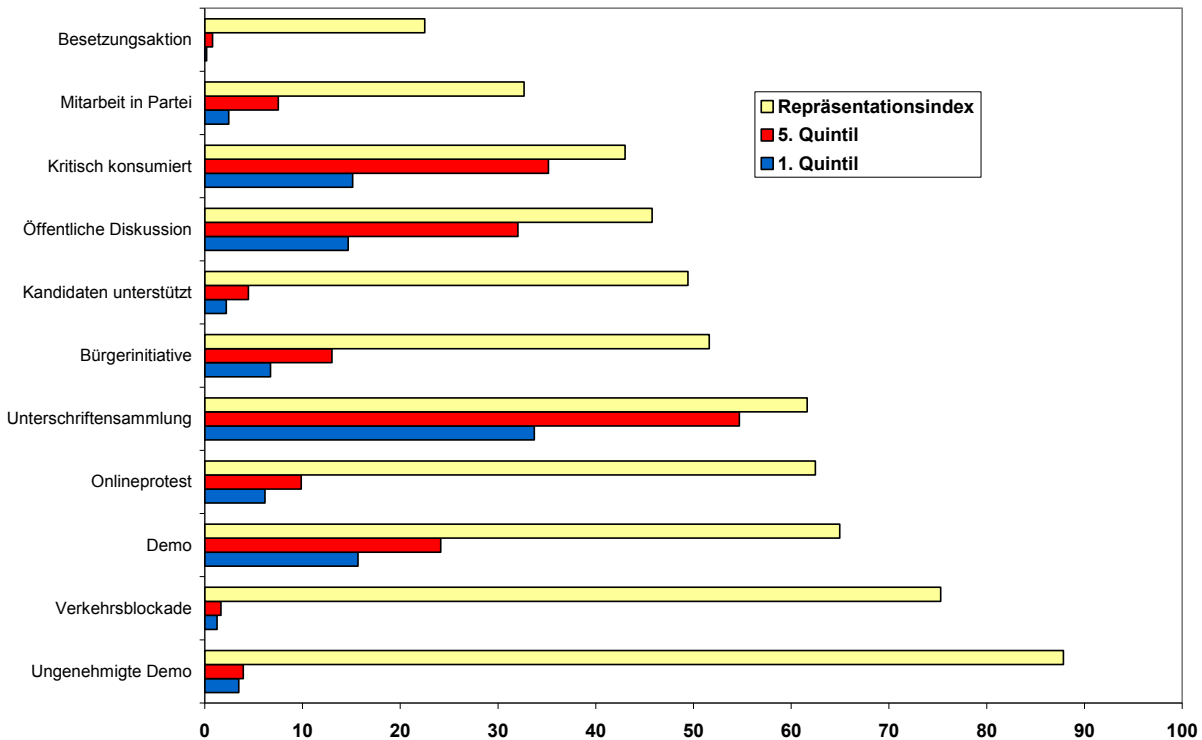


Datenbasis: Allbus 2008 (gewichtet); „Kandidaten unterstützt“, „Verkehrsblockade“, Besetzungsaktion“: Allbus 1998 (gewichtet)

Die Unterschiede zwischen der obersten und untersten Einkommensgruppe sind im Vergleich zum Faktor Bildungsgrad um einiges geringer und weisen nichtsdestotrotz auf eine erhebliche soziale Verzerrung hin (Abbildung 22). Der Repräsentationsindex schwankt bei den unterschiedlichen Partizipationsformen zwischen 87,8% bei der ungenehmigten Demonstration und 22,5% bei der Besetzungsaktion. Häufig genutzte Partizipationsformen, wie etwa Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, liegen mit einem Repräsentationsindex von 65% und 61,6% im Mittelfeld.

Insgesamt wird deutlich, dass die Gruppe der weniger stark institutionalisierten Partizipationsformen die größte soziale Selektivität aufweist. Demgegenüber hängen Wahlen und Mitgliedschaften vergleichsweise gering vom Bildungsgrad und Einkommen ab.

Abbildung 22: Einkommen und verschiedene Partizipationsformen, in Prozent



Datenbasis: Allbus 2008 (gewichtet); „Kandidaten unterstützt“, „Verkehrsblockade“ und „Besetzungsaktion“: Allbus 1998 (gewichtet)

3.5 Zwischenfazit

Die Befunde der empirischen Analyse über den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation könnten eindeutiger kaum sein: Politische Partizipation steigt mit der Verfügbarkeit von Einkommen und Bildung. Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung führen nicht zu einer gesteigerten Bereitschaft für Protest und politischem Engagement, sondern zu politischer Apathie. Die Zunahme der sozialen Selektivität im Bereich der politischen Partizipation wird außerdem begleitet von einem massiven Mitgliederrückgang der Parteien und einer sinkenden Wahlbeteiligung.

Dass diese Ergebnisse nicht etwa von der genutzten Datenbasis abhängig sind, belegen zahlreiche weitere Untersuchungen, die zu ähnlichen Ergebnissen gelangen. So stellt Petra Böhnke in einer aktuellen Analyse von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) fest, dass politisches Interesse, politische Partizipation und ehrenamtliches Engagement in hohem Maße von Einkommen und Erwerbsstatus abhängig sind. Die Partizipationsraten von privilegierten Teilen der deutschen Bevölkerung seien nahezu doppelt so hoch wie die von armen oder arbeitslosen Personen (Böhnke 2011, S. 21) - ein Befund, der sich mit den Ergebnissen der hier verwendeten Daten deckt. Des Weiteren stellt Böhnke fest, dass insbesondere die Erfahrung von Armut und das Armutsrisiko einen großen Einfluss auf Partizipation haben. Menschen die keinerlei Erfahrung mit Armut gemacht haben, sind politisch und ehrenamtlich aktiver, während vor allem Personen, die über einen langen Zeitraum von Armut betroffen sind, weniger partizipieren. Die Trennlinie im Hinblick auf die

unterschiedlichen Partizipationsquoten verläuft also zwischen denjenigen, die ohnehin einem starken Armutsrisiko ausgesetzt sind und denjenigen, die einen Abstieg in die Armut kaum fürchten müssen (Böhnke 2011, S. 24).

Selbst bei Protesten gegen bestehende soziale Ungerechtigkeiten gehen überwiegend Angehörige der einkommensstarken und gut ausgebildeten Mittelschichten auf die Straße, wie die Proteste gegen die „Hartz-Reformen“ gezeigt haben (Rucht und Yang 2004).

Auch aus ländervergleichender Perspektive wurde der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation für moderne Demokratien mehrfach nachgewiesen (Barnes und Kaase 1979; Schäfer 2008; Solt 2008). Deutschland ist in dieser Hinsicht also keineswegs ein Sonderfall.

Trotz der zahlreichen empirischen Belege gibt es bislang nur wenige empirische Analysen, die sich dem Zusammenhang von Ungleichheit und Partizipation in Deutschland schwerpunktmäßig widmen. Eine Ausnahme bildet die erst kürzlich erschienene Studie „Entbehrliche der Bürgergesellschaft?“ von Johanna Klatt und Franz Walter (2011), die sich mit Mitteln der qualitativen Interviewforschung dem Themenfeld von sozialer Benachteiligung und Engagement nähert. Hierzu haben die Autoren der Studie 74 Personen aus drei ausgesuchten städtischen „Problemquartieren“ in Göttingen, Kassel und Leipzig befragt. Zwei wichtige Ergebnisse der Studie: Das Forscherteam fand heraus, dass sich ein Großteil des ehrenamtlichen Engagements von sozial Benachteiligten in Form von informellen Tätigkeiten abspielt und somit für die Standardbefragungen der Sozialwissenschaften im Verborgenen bleibt. „Einigen Befragten wird erst auf gezielte Nachfrage bewusst, dass es sich beim eigenen Handeln um (zivilgesellschaftliches) Engagement handelt, das sie von sich aus nicht darunter subsumieren würden.“ (Klatt und Walter 2011, S. 196). Es besteht also die potentielle Gefahr, real stattfindendes Engagement von sozial Benachteiligten zu unterschätzen (Munsch 2003).

Die zweite wichtige Erkenntnis deckt sich jedoch stark mit den empirischen Ergebnissen der vorliegenden Studie. Politische Formen der Partizipation werden von sozial benachteiligten Gruppen kaum genutzt (Klatt und Walter 2011, S. 200–203). Nur ein Bruchteil der Befragten ist in Parteien, Gewerkschaften oder anderen politischen Organisationen aktiv. Nur wenige beteiligen sich an Unterschriftenaktionen oder Bürgerbegehren. Und noch weniger nahmen an Boykotten oder Internetprotesten teil. Der Großteil der Befragten gab jedoch an, regelmäßig zur Wahl zu gehen und dies auch als wichtig anzusehen, was sich ebenfalls mit den Ergebnissen der vorliegenden Studie deckt (Schäfer 2008). Die meisten Befragten machten zudem deutlich, dass sie Politik als eine elitäre Sphäre betrachten, auf die sie selbst persönlich keinen Einfluss nehmen können. Die Studie bestätigt somit die Überlegungen zur sozialen Bedingtheit der eigenen politischen Wirksamkeitsüberzeugung, die ein wichtiger Mechanismus des Ausschlusses von politischem Engagement darstellt.

4. Politische Gleichheit und ungleiche politische Partizipation

„I assume that a key characteristic of a democracy is the continued responsiveness of the government to the preferences of its citizens, considered as political equals.”

“In a political system where nearly every adult may vote but where knowledge, wealth, social position, access to officials, and other resources are unequally distributed, who actually governs?”
– Robert A. Dahl 1971

Politische Gleichheit gilt gemeinhin als das fundamentalste Prinzip einer demokratischen Ordnung (Christiano 1996; Verba; Dahl 2006). Politische Gleichheit in Form gleicher Grundrechte ist die eine Seite der Medaille, die gleiche Berücksichtigung von Interessen die andere. Vor dem Hintergrund des Ideals politischer Gleichheit ist anzunehmen, dass die ungleiche Verteilung politischer Partizipation eine direkte Auswirkung auf die Berücksichtigung von Interessen hat. Politische Partizipation ist schließlich das Mittel, mit dem Bürger/-innen ihre Interessen gegenüber ihrer Regierung kenntlich machen und deren Umsetzung einfordern.

Die Auswirkungen ungleicher Partizipation sind äußerst komplex und es liefern bislang nur wenige Studien systematische Forschungsergebnisse. Es ist zudem durchaus möglich, dass gleiche Partizipation keine notwendige Voraussetzung für die gleiche Berücksichtigung von Interessen ist. Die Interessen von sozial Schwachen, von Arbeitslosen, von Migranten oder von Kindern können in der politischen Arena von anderen vertreten werden. Parteien, Interessengruppen und soziale Bewegungen setzen sich auch für die Interessen von benachteiligten Gruppen ein und könnten die fehlende Partizipation somit kompensieren. Es ist daher wichtig zu fragen, wie es um die Repräsentation schwacher Interessen in Deutschland bestellt ist (4.1)? Abschließend sollen dann einige Überlegungen zu potentiellen Möglichkeiten (4.2) und Grenzen (4.3) für mehr politische Gleichheit angestellt werden. Zum Schluss werden einige offene Fragen angesprochen, die für zukünftige Forschung von Bedeutung sein werden (4.4).

4.1 Die Repräsentation schwacher Interessen

Wenn politische Partizipation auf die Beeinflussung politischer Entscheidungen abzielt, sollte die soziale Verzerrung politischer Partizipation auch eine direkte Auswirkung auf Politikinhalt haben. Diejenigen, die im politischen System besser repräsentiert sind und ihren Interessen Ausdruck verleihen können, sollten mit politischen Reformen zu ihren Gunsten belohnt werden, zumindest dann wenn die Annahme zutrifft, dass politische Eliten auf die Interessenlage ihrer Wähler reagieren. Die steuer- und sozialpolitischen Reformen der vergangenen Jahre, die eine Umverteilung zu Lasten von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Geringverdienern zu Folge hatten, lassen einen solchen Zusammenhang plausibel erscheinen. Ein eindringliches Beispiel hierfür ist die Privatisierung des Rentensystems, die unter großem Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche stattgefunden hat (Wehlau 2009). Dennoch gibt es erstaunlich wenig Forschungsergebnisse über den Zusammenhang von ungleicher

politischer Partizipation und politischen Entscheidungen, insbesondere in Deutschland. Neuere Forschungen zu diesem Themenkomplex in den USA scheinen die ungleiche Berücksichtigung von Interessen zu bestätigen. Gilens (2005) konnte für eine Vielzahl von Politikfeldern belegen, dass die politischen Interessen von einkommensschwachen Gruppen und Wählern der Mittelschicht bei politischen Entscheidungen kaum berücksichtigt werden, außer wenn sie sich mit denen von reicheren US-Amerikanern decken. Larry M. Bartels hat in einer Analyse von Abstimmungen des amerikanischen Senats herausgefunden, dass Senatoren überwiegend die Interessen ihrer wohlhabenden Wählerschaft berücksichtigen, obwohl diese zahlenmäßig in der Minderheit sind (Bartels 2008, Kapitel 9).

Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Interessengruppen, die Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Insbesondere im Bereich der Umweltgruppen und Verbraucherinteressen hat die Zahl der Interessengruppen in den vergangenen Jahrzehnten enorm zugenommen, und die Mitgliederzahlen in diesem Bereich sind ebenfalls entgegen dem Trend von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaften angestiegen. Aber auch diese Gruppen repräsentieren keineswegs die unmittelbaren Interessen des unteren Drittels der Gesellschaft. Natürlich gibt es eine Vielzahl von gemeinnützigen Vereinen und Initiativen, die sich für Arbeitslose, Immigranten und andere marginalisierte Gruppen stark machen, doch diese Organisationen beschränken sich in den meisten Fällen auf unmittelbare Hilfeleistungen für Bedürftige und agieren überwiegend auf lokaler Ebene. Insgesamt gibt es zwar eine Vielzahl von Lobbyisten, deren Zahl alleine in Berlin auf 6.000 geschätzt wird, doch vertritt die überwiegende Mehrheit die finanzstarken Interessen von Industrie und Wirtschaft (Plehwé 2011).

Wer vertritt also die Interessen des unteren Fünftels der Gesellschaft, wenn diese, wie zuvor gezeigt, selber nur sehr unzureichend politisch aktiv werden? Sicherlich stimmt es, dass die Interessen von einkommensschwachen Gruppen in gewisser Weise im Parteiensystem Berücksichtigung finden. Doch hat sich ihre Position in den großen Volksparteien, insbesondere der SPD, in den letzten Jahren eher verschlechtert. Die strategische Neuausrichtung der Sozialdemokratie („Dritter Weg“) hat zu einer zunehmenden Fokussierung auf die Interessen und Problemlagen der Mittelschicht geführt, deren Wählerpotential in Deutschland mit der Regierungsübernahme von Gerhard Schröder 1998 gezielt abgeschöpft worden ist. Die Interessen von Arbeitslosen und sozial Schwachen finden seitdem weitaus weniger Berücksichtigung. Dieser Trend kann wohl auch durch das Erstarken der Linkspartei nicht kompensiert werden. Der große Anteil von einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten unter den Nichtwählern führt zu einer systematisch verzerrten Berücksichtigung ihrer Interessen im Parteiensystem.

Der sinkende Organisationsgrad der Gewerkschaften begünstigt diesen Trend zusätzlich. Waren Gewerkschaften in den 1950er und 1960er Jahren noch das unüberhörbare Sprachrohr des Arbeitermilieus und deckten somit auch die Interessen von Fabrikarbeitern und kleinen Angestellten ab, hat sich ihre Funktion im Zuge der letzten Jahrzehnte enorm verändert. Viele Bereiche der heutigen Arbeitswelt sind nicht mehr oder nur noch im sehr geringen Umfang von gewerkschaftlicher Organisation beeinflusst. Dies trifft insbesondere auf die Arbeitsbereiche zu, in denen geringe Löhne gezahlt werden und tarifvertragliche Regelungen keine Anwendung finden. In einem noch größeren Maße trifft dies auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu, die durch gewerkschaftliche Organisationen bestenfalls am Rande repräsentiert werden. Wer also vertritt die Interessen von denjenigen, die außerhalb von tarifvertraglichen Regelungen

arbeiten? Wer vertritt die Interessen von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen, die ganz oder zeitweilig aus der geregelten Arbeitswelt herausgefallen sind?

Das vorhandene System der Interessenrepräsentation bietet jedenfalls kaum Anlass zur Hoffnung, dass die fehlende direkte politische Partizipation von einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten durch Repräsentation kompensiert werden könnte. Es ist somit davon auszugehen, dass bestehende soziale Ungleichheiten im Ergebnis zu einer Politik führen, die zumindest langfristig zu Lasten sozial benachteiligter Gruppen führt.

Am Ende bleibt eine interessante Frage, die weiterhin nach einer schlüssigen Antwort verlangt:

Warum schließt sich die einkommensschwächere Mehrheit der Gesellschaft nicht zusammen, um ihre Interessen gegenüber der einkommensstarken Minderheit durchzusetzen? Die empirischen Ergebnisse zu sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation lassen vermuten, dass fehlende Ressourcen in Form von Einkommen, Bildung, sowie kognitiven Fähigkeiten und Kompetenzen ein wichtiger Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage sind. Wie Meltzer und Richard (1981) gezeigt haben, sollte steigende soziale Ungleichheit in Demokratien zu einer Zunahme von Umverteilung führen, da die Mehrheit der Wähler mit kleinen und mittleren Einkommen eine Allianz bilden kann, um Umverteilungsmaßnahmen einzufordern. Vorhandene empirische Daten belegen jedoch das genaue Gegenteil: Eine Zunahme von sozialer Ungleichheit führt nicht zu größerer Umverteilung. Die soziale Selektivität politischer Partizipation bietet für diesen Umstand eine mögliche Erklärung. Mit steigender Ungleichheit steigt gleichzeitig die relative Macht einkommensstarker Teile der Bevölkerung, da das politische Engagement sozial Schwacher geringer wird. Somit kann es zu einer Situation kommen, in der die Interessen der einkommensschwächeren Mehrheit immer weniger Berücksichtigung finden und bestimmte politische Lösungswege nicht einmal den Weg in den politischen Entscheidungsprozess finden (Solt 2008). Soziale Ungleichheit untergräbt somit das Ziel politischer Gleichheit.

4.2 Drei Strategien gegen politische Ungleichheit

Auch wenn es zahlreiche Gründe gibt an der Verwirklichung vollständiger politischer Gleichheit zu zweifeln, gibt es dennoch verschiedene Optionen etwas gegen die soziale Verzerrung politischer Partizipation und ihren Folgen zu unternehmen. Prinzipiell lassen sich drei Strategien unterscheiden, wobei diese sich keinesfalls gegenseitig ausschließen. Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen können mehrere Strategien nutzen, um die Interessen sozial benachteiligter Gruppen zu stärken.

1. Soziale Ungleichheit bekämpfen

Die erste Strategie setzt direkt an der Wurzel politischer Ungleichheit an und besteht in einem Bündel von Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Wenn politische Partizipation von Einkommen und Bildung abhängt, dürfte die Bekämpfung von Einkommens-, Vermögens- und Bildungsungleichheit, auch einen Effekt auf ungleiche politische Partizipation haben. Sämtliche sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen, die zu einer Umverteilung von oben nach unten oder einer Zunahme des Lebensstandards sozial Benachteiligter führen, sind somit unmittelbar relevant für die Verwirklichung politischer Gleichheit. Eine wichtige Schlüsselfunktion kommt außerdem

der Bildungspolitik zu. Wenn es gelingt, Unterschiede im Bildungsniveau abzubauen und schlechter gebildete Menschen besser zu integrieren, wäre dies ein unmittelbarer Beitrag zum Abbau von Partizipationsunterschieden. Bildungseinrichtungen kommt hierbei nicht nur eine klassische Ausbildungsfunktion zu, sondern sie sollten gleichzeitig als Orte verstanden werden, in denen demokratische Praktiken vermittelt und eingeübt werden. Demokratieerziehung muss zum zentralen Bestandteil der Bildungspolitik werden.

2. Repräsentation stärken

Die zweite Strategie besteht in der Stärkung der Repräsentation schwacher Interessen. Dies kann sowohl durch eine Stärkung oder Neugründung von Organisationen erfolgen, die sich für die Interessen sozial Benachteiligter einsetzen als auch durch eine Verbesserung der Strukturen in denen solche Organisationen politisch aktiv werden. Hierzu zählt u.a. die Begrenzung der Lobbykraft von wirtschaftlichen Interessen und eine Verbesserung des Zugangs von kleineren zivilgesellschaftlichen Akteuren zu politischen Entscheidungen. Eine entscheidende Rolle spielen in diesem Kontext auch die Parteien. Um ihrem Verfassungsauftrag gerecht zu werden, muss es ihnen gelingen mehr Mitglieder aus sozial benachteiligten Schichten anzusprechen und für eine dauerhafte Mitarbeit zu gewinnen. Die Interessen sozial benachteiligter Gesellschaftsschichten müssen eine größere Berücksichtigung in der Programmatik der Parteien finden, um somit einen Anreiz zur Wahlteilnahme zu bieten und die soziale Selektivität des repräsentativen Systems zu verringern.

3. Sozial Benachteiligte aktivieren

Eine dritte Strategie setzt ganz unmittelbar bei der Lebenssituation sozial benachteiligter Menschen an und versucht diese für politisches Engagement zu gewinnen. Bei dieser Strategie geht es also nicht um eine langfristige Bekämpfung sozialer Ungleichheit – wobei dies ein erwünschter Nebeneffekt sein kann – sondern um die unmittelbare Aktivierung bestimmter Bevölkerungsgruppen („Empowerment“). Unter dem Schlagwort „community organizing“ werden Konzepte diskutiert, wie sich bestimmte soziale Gruppen für politisches Engagement in ihrem lokalen Kontext gewinnen lassen. Eine Stärkung der Strukturen und Finanzierungsmöglichkeiten in diesem Bereich könnte zu einer Aktivierung sozial benachteiligter Gruppen beitragen (Szyntka 2011). Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen auf die Bedürfnislagen sozial benachteiligter Gruppen eingehen und lernen „die Sprache der Unterschicht“ (Klatt und Walter 2011, S. 214) zu sprechen.

4.3 Grenzen politischer Gleichheit?

Bei einer Diskussion über Strategien zur Bekämpfung politischer Ungleichheit, sollten gleichzeitig potentielle Grenzen der Verwirklichung vollständiger politischer Gleichheit im Auge behalten werden.

In Anlehnung an die Argumente von Robert A. Dahl (2006) und anderen Demokratietheoretikern werden daher vier wichtige Thesen vorgestellt, die der Verwirklichung politischer Gleichheit Probleme bereiten könnten und die somit bei jeder Reform demokratischer Strukturen und Praktiken mitgedacht werden müssen.

1. Kognitive Fähigkeiten, politische Mittel und zeitliche Ressourcen sind immer ungleich verteilt

Die Verwirklichung vollständiger sozialer Gleichheit wird in modernen Gesellschaften nur schwer umzusetzen sein. Selbst wenn jeder Mensch über den gleichen Bildungsabschluss und über das gleiche Einkommen verfügen würde, wären politische Mittel, Kenntnisse, Fähigkeiten und zeitliche Ressourcen immer noch ungleich verteilt. Abgesehen von formellen Rechten und der gleichen Gewichtung von Wählerstimmen wird es wohl kaum möglich sein, alle politischen Mittel gleich zu verteilen. Der Kenntnisstand, der erforderlich ist, um innerhalb eines bestimmten Politikbereich erkennen zu können, wo die eigenen Interessen liegen, ist aufgrund der hohen Komplexität vieler politischer Sachverhalte enorm angestiegen. Es bedarf eines großen Aufwands an zeitlichen Ressourcen und kognitiven Fähigkeiten, um sich ein sachgerechtes Urteil über bestimmte Reformvorschläge zu bilden, geschweige denn, selbst politisch aktiv zu werden. Der überwiegenden Mehrzahl der Bürger/-innen, selbst den besser Gebildeten, fehlt bereits das grundlegende Interesse an einer derart zeitaufwändigen Beschäftigung. Obwohl die Möglichkeiten, sich mit Informationen und Hintergrundwissen zu versorgen, zugenommen haben, ist der Kenntnisstand vieler Menschen weit vom Idealbild des gut informierten Bürgers entfernt. Hinzu kommt die ungleiche Verteilung von grundlegenden Fähigkeiten, die nicht unmittelbar an Einkommen oder Bildung gekoppelt sind. Politisches Talent, also die Befähigung politische Mittel gekonnt einzusetzen, wird niemals gleich verteilt sein. Auch die Zeit, die Bürger/-innen aufbringen, um politischen Einfluss zu gewinnen, ist unterschiedlich verteilt. Selbst wenn alle anderen Faktoren konstant gehalten werden, würde ein unterschiedliches Maß an Zeitaufwendung politische Ungleichheit hervorbringen. Kurz gefasst lässt sich sagen, dass es wichtige Faktoren gibt, die sich einer vollständigen Gleichverteilung entziehen.

2. Die Größe und Komplexität politischer Systeme verhindert politische Gleichheit

Es gibt einen zweiten Faktor, der von Robert Dahl als „Dilemma der Größe“ bezeichnet wird: Je kleiner ein politisches Gemeinwesen ist, desto eher ist es zugänglich für Bürgerbeteiligung und Formen direkter Demokratie. Größere politische Einheiten erfordern ein System der Delegation, wie es durch die Institutionen der repräsentativen Demokratie umgesetzt ist. Je größere die Anzahl der Bürger/-innen wird, die von einem Abgeordneten vertreten werden, desto unwahrscheinlicher wird die Möglichkeit eines direkten Austausches zwischen Wählern und Gewählten. Selbst in relativ kleinen politischen Systemen, wie z.B. Belgien mit ca. zehn Millionen Einwohnern, kommen auf ein Parlamentsmitglied bereits knapp 70.000 Einwohner. In Deutschland sind es bereits knapp 140.000 und in einer Demokratie wie Indien sogar fast zwei Millionen (Dahl 2006, S. 79). Ein Parlamentarier ist in einer modernen Demokratie somit kaum noch in der Lage, im direkten Kontakt mit seinen Wählern zu stehen, selbst wenn er dies zu seiner einzigen Aufgabe machen würde.

Neben der Größe moderner Demokratien spielt die zunehmende Komplexität eine wichtige Rolle. Es ist fraglich, ob ein einzelner Mensch heutzutage über die Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen kann, die erforderlich sind, um in unterschiedlichen Sachgebieten kompetente Meinungen zu vertreten und sachgerechte Lösungen zu entwerfen. Dies ist selbst dann schwierig, wenn er oder sie ihre/seine gesamte Zeit für politisches Engagement verwenden würde, was in modernen Demokratien in den seltensten Fällen zutrifft. Die Komplexität politischer Themen in einer politischen Einheit

von mehreren Millionen Menschen erfordert die Delegation von Kompetenzen an Spezialisten. Doch Delegation schränkt wiederum zwangsläufig den gerechten Zugang jedes Einzelnen zu wichtigen politischen Fragen und Entscheidungen ein und beeinträchtigt somit das Ziel politischer Gleichheit. Je komplexer die Problemlage, desto mehr Sachkenntnisse und Fähigkeiten sind erforderlich, die zu einem Ausschluss von Beteiligung führen. Die zunehmende Komplexität nahezu aller politischen Entscheidungsbereiche führt jedoch gerade zu einer erhöhten Anforderung für politische Partizipation, was wiederum insbesondere diejenigen ausschließt, die diesen Anforderungen nicht gewachsen sind. Zwar gibt es bestimmte Möglichkeiten der Komplexitätsreduktion, doch dies ändert nichts an dem grundsätzlichen Umstand, dass Komplexität eine grundlegende Schwierigkeit bei der Verwirklichung politischer Gleichheit bleiben wird.

3. Die Dominanz marktwirtschaftlicher Systeme verhindert politische Gleichheit

Der dritte Faktor, der bei einer Diskussion über mehr politische Gleichheit berücksichtigt werden sollte, ist die Dominanz marktwirtschaftlicher Systeme in modernen Gesellschaften. In vielen Teilbereichen moderner Gesellschaften wird die Herstellung und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen durch die Institution des Marktes geregelt. Märkte scheinen dabei in vielerlei Hinsicht der Komplexität moderne Gesellschaften angemessen zu sein und führen in vielen Fällen zu einer vorher ungekannten Effizienzsteigerung. Kaum jemand würde die enormen Effizienzvorteile moderner Marktwirtschaften gegenüber bekannten Alternativen bestreiten. Und dennoch bringen marktwirtschaftliche System negative Folgen hervor, von denen hier lediglich einige genannt werden sollen: Märkte produzieren immer Gewinner und Verlierer. Auch wenn der gesellschaftliche Gesamtnutzen von Märkten unermesslich sein mag, so gibt es immer Menschen, die unter den negativen Begleiterscheinungen marktwirtschaftlicher Dynamiken leiden müssen. Zu diesen negativen Folgen zählen u.a. Arbeitslosigkeit, Verarmung, Wohnungsnot, Krankheiten, Stress, Formen von Missachtung und vieles andere mehr.

Des Weiteren sind Ressourcen in einer Marktwirtschaft zwangsläufig ungleich verteilt. Neben Einkommen trifft dies auch auf Bildung, Informationen, sozialen Status, und viele andere Güter zu. Marktwirtschaftliche Systeme generieren und verschärfen soziale Ungleichheiten.

Einige negative Folgen können sicherlich durch regulative Eingriffe abgefedert werden. Wohlfahrtsstaatliche Institutionen sind in der Lage, die härtesten Ungerechtigkeiten zu mindern. Dennoch wird es wohl nicht gelingen, die negativen Folgen einer Marktwirtschaft vollständig zu beseitigen. Die Dominanz kapitalistischer Strukturen ist somit eine weitere Schranke bei der Verwirklichung politischer Gleichheit.

4. Die Existenz internationaler Institutionen und Prozesse verhindert politische Gleichheit

Der vierte Faktor, der in der Analyse bislang keine Rolle spielte und nichtsdestotrotz ein Problem für die Verwirklichung politische Gleichheit darstellt, ist die Existenz internationaler Institutionen und Prozessen der Globalisierung. Viele politische und wirtschaftliche Entscheidungen werden in internationalen Systemen getroffen, die nicht auf demokratischem Wege legitimiert sind. Diese Entscheidungen haben in vielen Fällen erhebliche Folgen für Organisationen und Individuen in demokratischen Ländern. Die Liste internationaler Institutionen, die in dieser Weise aktiv sind, ist lang und reicht von

der Europäischen Union über die Welthandelsorganisation und den Internationalen Währungsfond bis hin zu den Vereinten Nationen. Hinzu kommt ein komplexes Netz global agierender Unternehmen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Bislang unterliegen all diese Institutionen nur einer sehr begrenzten demokratischen Kontrolle. Auch wenn es zahlreiche Reformvorschläge für die Einführung demokratischer Elemente in internationalen Institutionen gibt²³, bleibt eine vollständige Demokratisierung internationaler Systeme äußerst unwahrscheinlich (Dahl 1999, 2005). Solange die Entscheidungen internationaler Institutionen jedoch nicht auf demokratische Weise zustande kommen, stellt die Existenz internationaler Politik ein nicht zu leugnendes Problem für die Verwirklichung politischer Gleichheit dar.

Die vier Faktoren können einer Verwirklichung politischer Gleichheit enge Grenzen setzen. Die soziale Verzerrung politischer Partizipation lässt das durchaus vorhandene Potential einer sozial inklusiven Bürgergesellschaft in einem weitaus negativeren Licht erscheinen, als dies viele Protagonisten der Debatte wahrhaben wollen. Vor dem Hintergrund des Ideals politischer Gleichheit schneidet die vielgelobte Bürgergesellschaft jedenfalls nicht besonders gut ab. Es ist zudem äußerst fraglich, ob es gelingen kann, sozial Benachteiligte in zivilgesellschaftliche Prozesse zu integrieren und für politisches Engagement abseits von Wahlen zu gewinnen. Rein institutionelle Reformen, wie sie z.B. in Form der Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene gefordert werden, sind wohl kaum in der Lage, diese Situation zu verändern.²⁴ Sie könnten, im Gegenteil, sogar zu einer Verstärkung politischer Ungleichheit beitragen, wie die Abstimmung über die Hamburger Schulreform eindrucksvoll bewiesen hat.²⁵ Eine ernsthafte Debatte über Möglichkeiten der Integration des unteren Fünftels der Gesellschaft in die Strukturen der Zivilgesellschaft muss sich mit den tiefer liegenden sozialen Ursachen des Ausschlusses beschäftigen und gleichzeitig die potentiellen Grenzen und Möglichkeiten für mehr politische Gleichheit im Auge behalten.

4.4 Offene Fragen und Forschungsbedarf

Abschließend werden drei Fragenkomplexe aufgeworfen, deren Beantwortung für die weitere wissenschaftliche Debatte über politische Beteiligung und soziale Ungleichheit von Bedeutung sein wird.

1. Welche Mechanismen sind für den Ausschluss von politischer Partizipation im Einzelnen verantwortlich?

Der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation ist bekannt und kann sich auf eine Vielzahl empirischer Belege stützen. Dennoch gibt es wenige Studien, die sich auf die Erklärung der Ausschlussmechanismen konzentrieren. Erste Forschungsergebnisse liegen nun zwar vor (Klatt und Walter 2011), doch stützen diese sich auf eine vergleichsweise schmale empirische Basis. Weitere Forschungen zum Thema Engagement und soziale Benachteiligung sind dringend notwendig: Welche gesellschaftlichen Strukturen sind für die geringen Engagementquoten von sozial

²³ Siehe z.B. die Kampagne für ein Parlament bei den Vereinten Nationen: <http://de.unpacampaign.org/index.php>

²⁴ Für eine kritische Betrachtung der Einführung direkter Demokratie als möglichen Reformansatz für mehr Partizipation und Inklusion siehe (Merkel und Petring 2011, S. 23 ff.).

²⁵ <http://blog.zeit.de/zweitstimme/2010/07/19/warum-die-primarschule-in-hamburg-gescheitert-ist/>

Benachteiligten verantwortlich? Was sind die psychologischen und sozialen Mechanismen, die zum Ausschluss führen? Welche Praktiken können solchen Mechanismen entgegenwirken und politisches Engagement befördern?

2. Was sind die Effekte ungleicher politischer Beteiligung auf politische Entscheidungen und Politikinhalt?

Ungleiche politische Beteiligung wirkt sich auch auf die Inhalte politischer Entscheidungen aus. So ist beispielsweise zu vermuten, dass egalitäre Politikinhalt aufgrund sozialer Verzerrungen bei der politischen Partizipation in den Hintergrund geraten (Schäfer 2010). Zahlreiche Reformen der letzten Jahrzehnte legen diesen Zusammenhang nahe. Systematische Untersuchungen über den Zusammenhang von politischer Ungleichheit und Politikinhalt in Deutschland fehlen bislang jedoch weitgehend. Mit einer langfristigen Perspektive wäre zu untersuchen, wie sich Änderungen bei der politischen Beteiligung auf Politikinhalt und politische Reformen auswirken: Gibt es einen empirischen Zusammenhang zwischen ungleicher politischer Partizipation und der Abnahme egalitärer Politikinhalt? Welche Mechanismen können einen solchen Zusammenhang erklären? Welche Faktoren wirken einem solchen Trend ggf. entgegen und welche Faktoren können diesen Trend ggf. befördern?

3. Welche Rolle spielt die Internationalisierung politischer Entscheidungen bei der Verwirklichung politischer Gleichheit?

Wenn immer mehr politische Entscheidungen in internationalen Institutionen getroffen werden, stellt dies aus Sicht des politischen Gleichheitsideals ein Problem dar. Die von den Entscheidungen betroffenen Individuen haben kaum Möglichkeiten, ihre Interessen in internationalen Entscheidungsprozessen zur Geltung zu bringen. Dies dürfte im gesteigerten Maße für bildungsferne Schichten gelten, die häufig nicht einmal über die Vorgänge internationaler Politik informiert sind, geschweige denn an ihnen partizipieren. Die Internationalisierung der Politik wird somit zu einer Herausforderung für nationalstaatliche Demokratie und insbesondere für das Ideal politischer Gleichheit: Führt die Internationalisierung politischer Entscheidungen zu einer gesteigerten sozialen Verzerrung der politischen Partizipation? Hat die ungleiche Beteiligung im Rahmen internationaler Institutionen Auswirkungen auf die Inhalte der getroffenen Entscheidungen? Wie können die Interessen sozial Benachteiligter überhaupt Berücksichtigung finden, wenn Entscheidungen in internationalen Institutionen nicht auf demokratischen Wege zustande kommen?

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Zwei Idealtypen des „guten Bürgers“ (Faktorenanalyse).....	14
Tabelle 2: Politische Partizipationsformen in Deutschland 2002-2008.....	20
Tabelle 3: Politische Wirksamkeitsüberzeugung nach Bildungsabschlüssen, in Prozent	27
Tabelle 4: Politische Wirksamkeitsüberzeugung nach Einkommen, in Prozent.....	27

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Einflussfaktoren politischer Partizipation	10
Abbildung 2: Bürgernormen und Generationsunterschiede	15
Abbildung 3: Bürgernormen und Bildungsunterschiede	15
Abbildung 4: Bürgernormen und Politische Parteinähe	16
Abbildung 5: Mitgliederentwicklung deutscher Parteien	18
Abbildung 6: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad, in Prozent	19
Abbildung 7: Wahlbeteiligung Bundestags- und Europawahlen, in Prozent.....	20
Abbildung 8: Entwicklung von Protestereignissen und -teilnehmern in Deutschland 1950- 2002.....	21
Abbildung 9: Entwicklung von Aktionstypen 1950-2002.....	22
Abbildung 10: Entwicklung von Protestträgern 1950-2002.....	23
Abbildung 11: Bildung und Politisches Interesse 1980-2010	26
Abbildung 12: Einkommen und Politisches Interesse 1998-2010	26
Abbildung 13: Bildung und Gewerkschaftsmitgliedschaft, in Prozent.....	29
Abbildung 14: Einkommen und Gewerkschaftsmitgliedschaft, in Prozent.....	29
Abbildung 15: Bildung und Parteimitgliedschaft, in Prozent	30
Abbildung 16: Einkommen und Parteimitgliedschaft, in Prozent	31
Abbildung 17: Bildung und Mitgliedschaft in unterschiedlichen Organisationen, in Prozent	32
Abbildung 18: Einkommen und Mitgliedschaft in unterschiedlichen Organisationen, in Prozent	33
Abbildung 19: Bildung und Wahlteilnahme, in Prozent.....	34
Abbildung 20: Einkommen und Wahlteilnahme, in Prozent.....	35
Abbildung 21: Bildung und verschiedene Partizipationsformen, in Prozent	36
Abbildung 22: Einkommen und verschiedene Partizipationsformen, in Prozent	37

Literaturverzeichnis

Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Stand: Juni 2009, 1. Rostock: Publikationsversand der Bundesregierung.

Arzheimer, Kai (2009): Gewichtungsvariation. In: Harald Schoen, Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel (Hg.): Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 361–388.

Barnes, Samuel Henry; Kaase, Max (Hg.) (1979): Political action. Mass participation in five western democracies. Beverly Hills: Sage Publ.

Bartels, Larry M. (2008): Unequal democracy. The political economy of the new gilded age. New York, Princeton: Russell Sage Foundation; Princeton University Press.

Becker, R. (2003): Educational Expansion and Persistent Inequalities of Education: Utilizing Subjective Expected Utility Theory to Explain Increasing Participation Rates in Upper Secondary School in the Federal Republic of Germany. In: *European Sociological Review* 19 (1), S. 1–24.

Biebeler, Hendrik; Lesch, Hagen (2006): Mitgliederstruktur der Gewerkschaften in Deutschland. In: *IW-Trends* 33 (4), S. 45–58.

Biehl, Heiko (2007): Die Dominanz der Akademiker. Wandel der Mitgliederstruktur und Repräsentationsverlust der Parteien. In: *vorgänge* 4/2007, S. 15-23.

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1-2), S. 18–25.

Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation. In: *The American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294.

Brömme, Norbert; Strasser Hermann (2001): Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B25-26, S. 6–14.

Bude, Heinz; Willisch, Andreas (2008): Exklusion. Die Debatte über die "Überflüssigen". Orig.-Ausg., 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1819).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006): Weiterentwicklung der Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Experten-Workshop am 29. November 2006 in Berlin.

Campbell, Angus; Gurin, Gerald; Miller Warren E. (1954): The voter decides. Evanston, Ill: Row, Peterson and Co.

Christiano, Thomas (1996): The rule of the many. Fundamental issues in democratic theory. Boulder, Colo: Westview Press.

- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Bonn: Bpb.
- Dahl, Robert A. (1999): Can international organizations be democratic? A sceptic's view. In: Ian Shapiro und Casiano Hacker-Cordón (Hg.): Democracy's edges. London/New York: Cambridge University Press, S. 19–36.
- Dahl, Robert A. (2005): Is international democracy possible? A critical view. In: Sergio Fabbrini (Hg.): Democracy and federalism in the European Union and the United States. Exploring post-national governance. London/New York: Routledge, S. 194–204.
- Dahl, Robert A. (2006): Politische Gleichheit - ein Ideal? 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Ed.
- Dalton, Russell J. (2008): The good citizen. How a younger generation is reshaping American politics. Washington, D.C: CQ Press.
- Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard, Thürling, Marleen (2010): Mitgliedschaften und Engagement in Deutschland. In: WZBrief Zivilengagement, Berlin: WZB, Online verfügbar unter http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbriefzivilengagement022010_dathe_priller_thuerling1.pdf, zuletzt geprüft am 26.09.2011.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Deutscher Bundestag 14. Wahlperiode.
- Gabriel, Oscar W.; Völkl, Kerstin (2005): Politische und soziale Partizipation. In: Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann (Hg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., völlig überarb. und erw. München: R. Oldenbourg.
- Gehards, Jürgen (2001): Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30 (3), S. 163–184.
- Gilens, Martin (2005): Inequality and Democratic Responsiveness. In: *The Public Opinion Quarterly* 69 (5), S. 778–796.
- Gohl, Christopher (2001): Bürgergesellschaft als politische Zielperspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 6-7), S. 5–11.
- Grabka, Markus Michael; Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *DIW-Wochenbericht* 75 (10), S. 101–108.
- Grabka, Markus Michael; Frick, Joachim R. (2007): Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: *DIW-Wochenbericht* 74 (45), S. 665–672.
- Gurr, Ted Robert (1970): Why men rebel. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Hadjar, Andreas; Becker, Rolf (2007): Unkonventionelle Politische Partizipation Im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (3), S. 410–439.

Hadjar, Andreas; Becker, Rolf (2006): Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (1), S. 12–34.

Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt/Main/New York: Campus.

Heinrich, Roberto; Lübker, Malte; Biehl, Heiko; Bürklin, Wilhelm; Zelle, Carsten (2002): Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation ; Kurzfassung des Abschlussberichtes zum gleichnamigen DFG-Projekt. Potsdam: Univ. Potsdam Wirtschafts- und Sozialwiss. Fakultät.

Heinze, Rolf G.; Olk, Thomas (Hg.) (2001): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. 1. Aufl. Leverkusen: Leske + Budrich.

Jacobs, Lawrence R.; Skocpol, Theda (Hg.) (2005): Inequality and American democracy. What we know and what we need to learn. New York: Russell Sage.

Kaase, M. (1984): The Challenge of the "Participatory Revolution" in Pluralist Democracies. In: *International Political Science Review* 5 (3), S. 299–318.

Kaase, Max (1987): Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Berg-Schlosser-Müller-Rommel (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen: Leske + Budrich (Uni-Taschenbücher, 1391), S. 135–150.

Klatt, Johanna; Walter, Franz (Hg.) (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript.

Kohler, Ulrich (2006): Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa. In: Jens Alber und Wolfgang Merkel (Hg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? Berlin: edition sigma, S. 159-182.

Kohler, Ulrich (2011): Estimating the potential impact of nonvoters on outcomes of parliamentary elections in proportional systems with an application to German national elections from 1949 to 2009. In: *Electoral Studies* In Press, Corrected Proof.

Lane, Robert E. (1961): Political life. Why people get involved in politics. 2. print. Glencoe: Free Press.

Lipset, Seymour Martin (1960): Political man. The social bases of politics. Garden City, NY: Doubleday.

Mayer, Karl Ulrich; Blossfeld, Hans-Peter (1990): Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit im Lebensverlauf. In: Peter A. Berger und Stefan Hradil (Hg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: O. Schwartz.

Meltzer, Allan H.; Richard, Scott F. (1981): A rational theory of the size of government. In: *Journal of political economy* 89 (5), S. 914–927.

Merkel, Wolfgang; Petring, Alexander (2011): Demokratie in Deutschland 2011. Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Partizipation und Inklusion. Online verfügbar unter http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf, zuletzt geprüft am 26.09.2011.

Milbrath, Lester W.; Goel, Madan Lal (1977): Political participation. How and why do people get involved in politics? 2. Aufl. Lanham: University Press of America.

Munsch, Chantal (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim ; München: Juventa-Verl.

Plehwe, Dieter (2011): Die bedrängte Demokratie. Von der doppelten Entgrenzung des Lobbyismus. In: Forum Wissenschaft & Umwelt (Hg.): Demokratie & Umweltkrise. Brauchen wir mehr Mitbestimmung? München: Oekom-Verl, S. 56–65.

Radtko, Günter D. (1976): Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation, ein empirischer Beitrag. Leverkusen: Heggen (Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik, 10).

Rucht, Dieter (2001): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Rucht, Dieter (2010): Engagement im Wandel. Politische Partizipation in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin (WZBrief Zivilengagement, 1).

Rucht, Dieter; Yang, Mundo (2004): Wer protestiert gegen Hartz IV? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 17 (4), S. 21–27.

Rucht, Dieter; Koopmans, Ruud; Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1999): Acts of dissent. New developments in the study of protest. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.

Schäfer, Armin (2008): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Köln (Tätigkeitsbericht der Max Planck Gesellschaft). Online verfügbar unter <http://www.mpg.de/467839/pdf.pdf>, zuletzt geprüft am 09.08.2011.

Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), S. 131–156.

Schoen, Harald; Rattinger, Hans; Gabriel, Oscar W. (Hg.) (2009): Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Solt, Frederick (2008): Economic Inequality and Democratic Political Engagement. In: *American Journal of Political Science* 52 (1), S. 48–60.

Steinbrecher, Markus (2008): Politische Partizipation in Deutschland. Univ, Baden-Baden, Bamberg.

Szynka, Peter (2011): Community Organizing. Ein Weg zu mehr Beteiligung. In: Fachforum: Analysen & Kommentare 8, Friedrich-Ebert-Stiftung, Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/08065.pdf>, zuletzt geprüft am 21.09.2011.

Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle. Opladen: Westdt. Verl.

van Deth, Jan W. (1990): Political Interest. In: M. Kent Jennings und Jan W. van Deth (Hg.): Continuities in political action. A longitudinal study of political orientations in 3 western democracies. Berlin: de Gruyter (De Gruyter studies on North America, 5), S. 275–312.

Verba, Sidney: Thoughts about political equality. What is it? Why do we want it? Online verfügbar unter <http://www.hks.harvard.edu/inequality/Summer/Summer01/papers/Verba.pdf>, zuletzt geprüft am 17.08.2011.

Verba, Sidney; Fiorina, Morris P. (2005): Inequality of Political Voice. In: Lawrence R. Jacobs und Theda Skocpol (Hg.): Inequality and American democracy. What we know and what we need to learn. New York: Russell Sage, S. 19–87.

Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (1995): Voice and equality. Civic voluntarism in American politics. Cambridge, Mass: Harvard Univ. Press.

Vetter, Angelika (2000): Frischer Wind in einer alten beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Hg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.

Walter, Franz (2011): Die starken Arme legen keine Räder mehr still. Der "Malocher" trat ab und ein Prekariat entstand. In: Johanna Klatt und Franz Walter (Hg.): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript.

Wehlau, Diana (2009): Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weßels, Bernhard (2008): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 391–396.

Wilson, William Julius (1996): When work disappears. The world of the new urban poor. New York: Knopf.